

POLITISCHE BILDUNG IM JUGENDSTRAFVOLLZUG



Angebote, Bedarfe und Leerstellen.
Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

INHALT	Vorwort	3
	Einführung	5
	Lernwelten in Haft	6
	Politische Bildung in Haft	9
	Fragestellungen	12
	Methodisches Vorgehen	15
	Zentrale Ergebnisse der Erhebung	18
	Befragung der Mitarbeiter*innen im Strafvollzug	18
	Befragung der Mitarbeiter*innen politischer Bildungsträger	26
	Befragung der jugendlichen Inhaftierten	33
	Übersicht über Angebote politischer Bildung in Haft	45
	Bedarfe der politischen Bildung im Strafvollzug	52
	Handlungsempfehlungen	55
	Anhang	58
	Literatur und Quellen	58
	Danksagung	59

IMPRESSUM **Herausgeber: Anne Frank Zentrum**
 Rosenthaler Str. 39, D-10178 Berlin
 Tel.: +49 30 288 86 56-00, Fax: +49 30 288 86 56-01
 zentrum@annefrank.de, www.annefrank.de

V.i.S.d.P.: Patrick Siegele
 Autor*innen: Jens Borchert, Diana Beyer, Maren Jütz
 Redaktion: Roman Guski, Franziska Göpner
 Lektorat: Jana Bialluch, Dina Blauhorn, Beatrice Ihoual, Amelie Stock
 Illustrationen: Matthias Seifert
 Layout: Anna-Maria Roch, Kommunikationsdesign
 Druck: PinguinDruck

Berlin, November 2019

In Kooperation mit:

Mit freundlicher Unterstützung von:



VORWORT

Bereits seit einigen Jahren setzt das Anne Frank Zentrum mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung Angebote der historisch-politischen Bildung im Strafvollzug um: In Trainingsseminaren bilden wir Jugendliche und (junge) Erwachsene in Haft zu Peer Guides aus, die Gruppen durch unsere Wanderausstellung »»Lasst mich ich selbst sein.« Anne Franks Lebensgeschichte« begleiten. In 2017 und 2018 haben wir gemeinsam mit dem Violence Prevention Network und der Bundeszentrale für politische Bildung zum bundesweiten Fachaustausch eingeladen und zusammen mit Mitarbeiter*innen politischer Bildungsträger, Justizvollzugsanstalten und Justizministerien Fragen der Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug diskutiert. Dabei ist auch die Zusammenarbeit mit der Hochschule Merseburg entstanden – und die Idee, die pädagogische und wissenschaftliche Expertise für eine Studie zur politischen Bildung im Strafvollzug zusammenzubringen.

In den letzten Jahren hat die politische Bildung im Strafvollzug an Bedeutung gewonnen. Auch anstaltsintern wird politische Bildung im Rahmen des Schulunterrichts angeboten. Es lohnt sich daher genauer hinzuschauen, um Angebote, Bedarfe und Leerstellen der politischen Bildung im Strafvollzug auszumachen und neue Impulse für die Bildungsarbeit zu setzen. Der Bundeszentrale für politische Bildung danken wir für die finanzielle Unterstützung zur Durchführung dieses Vorhabens.

Umgesetzt wurde das einjährige Forschungsprojekt seit Herbst 2018 durch ein Team der Hochschule Merseburg unter Leitung von Prof. Dr. Jens Borchert. Für die Pilotstudie wurden bundesweit Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten, externe politische Bildner*innen sowie inhaftierte Jugendliche befragt. Erstmals liegen nun empirische Daten zum Stand der politischen Bildung in deutschen Jugendgefängnissen vor. Die Studie legt einen wichtigen Grundstein, um Akteur*innen der politischen Bildung im Strafvollzug zu vernetzen. Sie gibt auch konkrete Handlungsempfehlungen und Anregungen, um Angebote inhaltlich und methodisch weiterzuentwickeln oder neue zielgruppenspezifische Formate zu entwickeln.

In dieser Hinsicht sind Ihnen die Ergebnisse hoffentlich ein großer Zugewinn.



A handwritten signature in blue ink that reads "P. Siegele". The signature is fluid and cursive.

Patrick Siegele

Direktor des Anne Frank Zentrums

Berlin, November 2019



EINFÜHRUNG

Politische Bildung stellt in demokratischen Gesellschaften eine Grundvoraussetzung für ihr Funktionieren und die Teilhabe von Menschen an Prozessen der Willensbildung und Mitbestimmung dar. Bei aller Vielfalt an Definitionen zum Wesen und Inhalt politischer Bildung steht die Mündigkeit der Menschen im Zentrum entsprechender Maßnahmen. Mündigkeit ist die Grundvoraussetzung zur Wahrnehmung der eigenen politischen Rechte. Die Ausübung dieser Rechte erfordert Kenntnisse über demokratische Institutionen, Prozesse der Meinungsbildung oder die Folgen eigener politischer Willensbekundung. Politische Bildung findet nicht nur formal in Schule und Unterricht statt. Eine Vielzahl politischer Bildungsträger fördert mit vielfältigen Ansätzen und Konzepten das Verständnis für politisches Geschehen, stärkt demokratisches Bewusstsein und die Bereitschaft, sich politisch einzubringen und zu engagieren.

Die allgemeinen Ziele der politischen Bildung stehen in einem Spannungsfeld mit den Erfordernissen des Strafvollzugs. Sie sind den allgemeinen Vollzugszielen untergeordnet, die auf Resozialisierung und Wiedereingliederung der Inhaftierten in die Gesellschaft abzielen. Politische Bildung soll im Vollzug somit stets auch dazu beitragen, dass die Inhaftierten in Zukunft ein Leben ohne Straftaten führen können. Grundlegend stellt sich die Frage, in welchen Lernräumen sich politische Bildung in Haft vollzieht und inwiefern Demokratie- und Menschenrechtsbildung im Sozialraum Gefängnis möglich ist.

Für den Vollzug liegen Daten zu unterschiedlichen Fragestellungen vor, die sich teilweise auch auf die politische Bildung beziehen. Eine Gesamtdarstellung zum Umfang, zu Methoden, festgestellten Schwerpunkten und speziellen Problemfeldern fehlt bislang. Die aktuelle Datenlage ist somit in Hinblick auf Fragen nach allgemeinen Chancen und Herausforderungen politischer Bildung im Vollzug sowie hinsichtlich spezifischer Zielgruppen unbefriedigend. Diese Situation ist mit einer Untersuchung zu allgemeinen Fragen politischer Bildung im (Jugend-)Strafvollzug nicht grundsätzlich zu ändern. Allerdings werden im Rahmen der vorliegenden Pilotstudie zahlreiche Daten generiert, die erste Antworten auf offene Fragen geben und weitere Studien vorbereiten.

Was ist politische Bildung?

Politische Bildung im Strafvollzug

Stand der Forschung

■ LERNWELTEN IN HAFT

Primat der Resozialisierung

Die Kernaufgabe einer Haftanstalt ist es, die Gefangenen zu befähigen, nach der Haftentlassung ein straffreies Leben in sozialer Verantwortung zu führen. Diese gesellschaftliche Integration des Individuums erfordert einen Lernprozess der Inhaftierten. Lernen soll an dieser Stelle als Begriff für das, »was ein Mensch in jeder Lebensspanne an Wissen, Kompetenzen, Haltungen, Einsichten usw. erwirbt«, definiert werden. Dabei ist prinzipiell alles, unabhängig von normativen Gegebenheiten, erlernbar. Man kann also »nicht nicht lernen«.¹

Sozialisation, Erziehung, Bildung

Der Erwerb von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen soll weiterhin in drei Formen unterschieden werden:

- Unter *Sozialisation* wird ein Prozess verstanden, der den Menschen als soziales Wesen betrachtet. Sozialisation findet lebenslang statt und ist bestimmt durch die Auseinandersetzung der einzelnen Person mit der Umwelt.²
- *Erziehung* meint einen oft fremdbestimmten Prozess, der eine Anpassungsleistung der jüngeren Generation an die Normvorstellungen der älteren beinhaltet. Erziehung liegt ein normatives Verständnis zugrunde, das naturrechtlich hergeleitet wird.³ Dieses natürliche Recht zur Erziehung weist das Grundgesetz der Bundesrepublik zuerst den Eltern zu und formuliert dies zugleich als Pflichtaufgabe.⁴
- Der Begriff der *Bildung* meint die Prozesse, die ein Mensch ausübt, um sich selbst zu bilden. Ebenso wird mit Bildung häufig auch das Ergebnis dieser Prozesse gemeint. Wer sich gebildet hat, ist folglich gebildet und kann sich ein Bild von verschiedenen Dingen machen.

Schulische und berufliche Bildung

Ein wichtiger Aspekt der sozialen Wiedereingliederung besteht im Angebot von Bildungsmaßnahmen, die zur schulischen oder beruflichen Aus- und Weiterbildung führen und die sozialen Fähigkeiten stärken sollen. Diese Angebote finden zum einen im schulischen Rahmen mit dem Ziel eines qualifizierenden Abschlusses statt und zum anderen als Projekte externer außerschulischer Träger. Hier sollen die Inhaftierten lernen und möglichst Abschlüsse erwerben. Schul- oder Berufsabschlüsse werden als eine Möglichkeit gesehen, nach der Entlassung weitere Bildungsangebote wahrzunehmen oder einen Beruf auszuüben.

¹ Vogel, Peter 2008, S. 119.

² Jobst, Solveig 2010, S. 162-162.

³ Drinck, Barbara 2010, S.95.

⁴ Grundgesetz (GG), Artikel 6, Abs. 2.



In den Maßnahmen bilden sich die Inhaftierten auf Basis der jeweils vorgegebenen Ziele und Curricula. Doch sie lernen dabei stets noch mehr: Eher informell findet ein Austausch mit anderen Inhaftierten statt. Dieses Lernen geschieht beiläufig. In einer schematischen Darstellung kann dargestellt werden, wie sich verschiedene Lernwelten zueinander verhalten.

Abbildung 1: Lernwelten



Informelles Lernen *Informelles Lernen* geschieht stets, es erfolgt auch in stärker strukturierten Lernwelten. Für das informelle Lernen sind dies: Familie, Gleichaltrige und Cliques, Medien, Situationen in der Freizeit, im Ehrenamt, Hobby oder Alltag. Dieses inzidentelle Lernen bleibt ohne Feststellung eines Lernerfolges. Das Lernen geschieht unentwegt und hat somit einen hohen Einfluss auf die intendierten, absichtsvollen Lernwelten.

Non-formale Bildung *Non-formale Bildung* vollzieht sich in außerschulischen Lernwelten und ist nicht auf Abschlüsse ausgerichtet, sondern stärker auf den Prozess der Bildung.¹ Sie hat einen höheren Aufforderungscharakter als die formale Bildung und ist freiwillig. Akteur*innen sind Träger von sozialpädagogischen Bildungsangeboten oder der politischen Bildung, Vereine, Kirchen, Selbsthilfegruppen und viele andere.

Formale Bildung *Formale Bildung* eröffnet Lernwelten in einem geplanten und organisierten Setting. Die Angebote sind zertifiziert. Die Orientierung an den zu erreichenden Abschlüssen kann Bildungsprozesse sowohl befördern als auch behindern. Formale Bildungsinhalte können (auch und gerade im Strafvollzug) nur im informellen Rahmen gedacht werden. Lernen wird in den verschiedenen Lernwelten unterschiedlich geplant, organisiert und bewertet.

¹ Rauschenbach, Thomas 2004, S. 252.

Für den Justizvollzug kann das Schaubild adaptiert werden, um die grundlegende Schwierigkeit von formalen Lernprozessen im Gefängnis zu veranschaulichen.



Abbildung 2: Lernwelten der politischen Bildung im Strafvollzug

■ POLITISCHE BILDUNG IN HAFT

Im Jugendstrafvollzug können vielfältige Angebote politischer Bildung benannt werden. Zunächst findet sie im Rahmen formaler Bildungsprozesse statt. Insbesondere in den abschlussbezogenen schulischen Maßnahmen, vor allem den Haupt- und Realschulkursen, wird politische Bildung meist im Fachunterricht vermittelt – zum Beispiel in Ethik, Geschichte oder Gesellschaftkunde. Der Logik der Kurse entsprechend findet sich hier ein starker Bezug zu den curricularen Anforderungen mit einem eher abrufbaren kognitiven Wissen. Inhalte können Wahlen, das Grundgesetz oder die Gewaltenteilung sein. Das erlernte Wissen kann in Prüfungen abgefragt werden und den Jugendlichen wird bescheinigt, ob sie den Lernstoff gut beherrschen.

Angebote formaler politischer Bildung



Non-formale politische Bildung wird deutlich umfassender gesehen. Eine Vielzahl an möglichen Erfahrungsräumen wird eröffnet, um den Inhaftierten Partizipation und Mitsprache zu ermöglichen oder einzuüben. Die Angebote haben eher einen Projektcharakter, sind zeitlich stärker befristet als Schulkurse und inhaltlich offener. Sie nutzen zum Beispiel künstlerische Formen (Theater, Film, Rap, Poetry Slam), Sportangebote (Fußball, Radfahren, Kanu), gedenkstättenpädagogische Angebote (Besuche von Erinnerungsorten) oder Formen der Peer Education, wobei nicht Lehrer*innen oder Sozialarbeiter*innen Wissen vermitteln, sondern Inhaftierte selbst.

Projekte der Träger non-formaler Bildung übernehmen (auch außerhalb des Strafvollzuges) viele Felder der politischen Bildung. Entsprechend dem Kinder- und Jugendhilfegesetz bedeutet es, dass »außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung, Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit«¹ den Schwerpunkt der Jugendarbeit bildet. Diese Aufzählung ist weder fundamental noch abschließend festgeschrieben. Außerschulische Projekte der politischen Bildung konzipieren Veranstaltungen so, dass sie Menschen »in ihren Erfahrungen ansprechen, [...] dass Zusammenhänge zwischen den Einzelerfahrungen und dem Ganzen hergestellt werden«² und dass es den Teilnehmenden ermöglicht wird, sich in den Bildungsprozess bzw. auf das Projekt einzulassen.

Angelehnt an die Definition außerschulischer politischer Jugendbildung von Achim Schröder sowie den rechtlichen Grundsatz zur außerschulischen Bildung liegt der Studie ein breites Verständnis non-formaler politischer Jugendbildung zugrunde. Gemeint sind Projekte mit dem Ziel der Partizipation, Diskussion und Meinungsvielfalt, der Stärkung der Urteilskraft, der Aneignung sozialer Fähigkeiten, die im Spannungsfeld zwischen Habitus und Einstellung stehen, die über die Wissensvermittlung des schulischen Curriculums hinausgehen und sich vielfältiger Methoden sowie Gestaltungsmittel bedienen.

Die vorliegende Studie versucht auf Grundlage der unterschiedlichen Lernwelten sichtbar zu machen, wie politische Bildung in Haft verläuft. Sie benennt Angebote und identifiziert Bedarfe. Der Bereich der informellen Bildung kann indirekt über Aussagen von Bediensteten oder Selbstauskünfte der Inhaftierten mittels Fragebögen beschrieben werden. Da die informellen Aktivitäten jedoch als Formen von Subkultur häufig unerwünscht sind, ist eine Bestandsaufnahme schwieriger und mit den verwendeten Methoden nur begrenzt herzustellen. In der Auswertung liegt der Fokus dementsprechend auf den erhobenen Daten für die beiden Angebotsformate der formalen und non-formalen Bildung.

¹ Sozialgesetzbuch (SGB VIII), Aches Buch, Kinder- und Jugendhilfe, Paragraph 11, Abs. 3.

² Schröder, Achim 2013, S. 175.

■ FRAGESTELLUNGEN

Das Gefängnis als »totale Institution«

Bildung, Erziehung und Sozialisation finden im Jugendstrafvollzug in einem meist geschlossenen Setting statt. Die Einschließung der Jugendlichen bewirkt, dass sich die Jugendlichen an einem Ort befinden, an dem sie ihrer Sozialkontakte beraubt sind. Sie unterliegen einem fremdbestimmten Tagesablauf und müssen sich mit den Mitgefangenen arrangieren. Sie sind gezwungen, Verhaltensweisen zu zeigen, die Erving Goffman als »sekundäre Anpassung« bezeichnet.¹ Dieses *Unter*leben in der Institution sichert den Inhaftierten das individuelle *Über*leben in Haft. Während die Gefangenen vordergründig allen Erwartungen der Institution nachkommen (»primäre Anpassung«) und sich einsichtig zeigen, unterlaufen sie im Zuge der sekundären Anpassung die Erwartungen und versuchen, sich wenigstens teilweise Verfügung über das eigene Leben zu sichern. So gehen sie möglicherweise in der Haft zur Schule, um einen Abschluss zu erlangen, initiieren aber zugleich illegale Tauschgeschäfte oder pflegen soziale Kontakte.

Allgemeine Leitfragen

Inwieweit subkulturelle Aktivitäten Bildungsarbeit insgesamt erschweren und wie sie sich auf Maßnahmen der politischen Bildung auswirken, ist nicht erforscht und kann im Rahmen der Studie nicht beantwortet werden. Dennoch müssen die Wirkfaktoren der Gefangenenkultur und der dort geltenden Regeln und Normen berücksichtigt werden. Allgemeine Leitfragen der Studie sind:

- Wie ist der Stand politischer Bildung im Strafvollzug?
- Was ist politische Bildung?
- Welche Spezifika hat politische Bildung im Vollzug?
- Welchen Stellenwert hat politische Bildung?

Fragen zu spezifischen Zielgruppen

Zielgruppe: Jugendliche in Haft / junge Männer

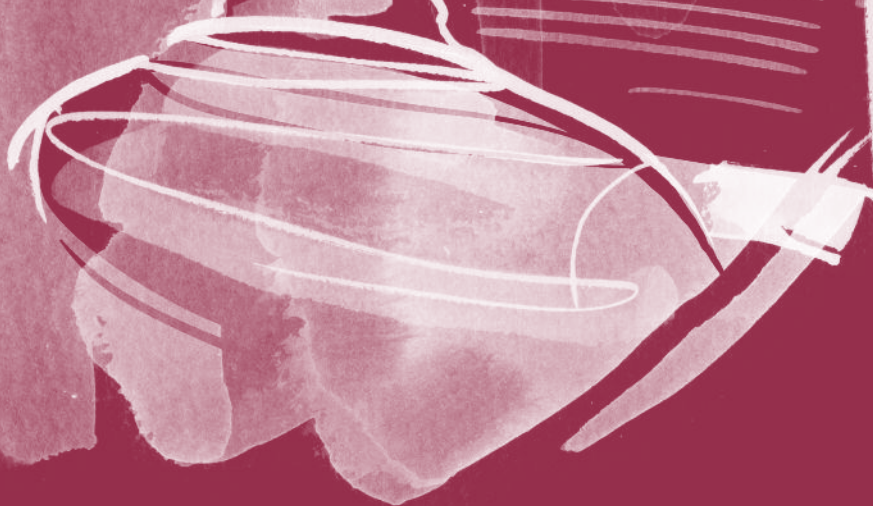
Die jugendlichen Insassen der Vollzugsanstalten sind die Hauptzielgruppe politischer Bildung im Strafvollzug. Hinsichtlich ihrer Sozialisationsbedingungen, der Schulbildung, den sonstigen Voraussetzungen für eine Wiedereingliederung in das Erwerbsleben sowie über individuelle Belastungsfaktoren liegen für die Lage in der Bundesrepublik Ergebnisse vor.² Jugendliche Inhaftierte sind demzufolge überproportional häufig ohne Schulabschluss, abgeschlossene Berufsausbildung und weitere formale Qualifikationen.

¹ Goffman, Erving 1973, S. 60.

² Reinheckel, Susann 2015; Borchert, Jens 2016; Werner, Jochen 2012.



Was
bedeutet
politische
Bildung
für Sie?



Die Daten weisen seit Jahrzehnten und über die Grenzen der Bundesländer hinweg ähnliche Ergebnisse auf. Für die Jugendanstalt Hameln hatte Bierschwale 2001 einen Anteil von 62 Prozent der Insassen ohne Schulabschluss ermittelt.¹ In der sächsischen Jugendstrafanstalt Regis-Breitungen lag der Anteil im Jahr 2009 bei fast 75 Prozent, wobei ein geringer Anteil nur auf Grundschulniveau die Schule beendete.² Etwa 20 Prozent der Insassen der Haftanstalten gelten als »funktionale Analphabeten«,³ die zu einem sinn- erfassenden Lesen von Texten nicht in der Lage sind, wenn sie nicht weitere gezielte Förderung erhalten.

Diese individuellen Voraussetzungen beeinflussen durchzuführende Angebote. Bildungsträger müssen etwa auf Arbeitsmaterialien in einfacher Sprache zurückgreifen und einer didaktischen Grundlegung folgen, die sowohl dem Bildungsstand der jugendlichen Insassen entspricht als auch den Gegebenheiten der Anstalten gerecht wird.

Im Hinblick auf die Zielgruppe der Jugendstrafgefangenen sind insgesamt zwei große Fragestellungen zu erheben, die in Bezug auf die Adressat*innen zentral sind:

- Welche politischen Einstellungen und Haltungen zeigen die Jugendlichen?
- Was bedeutet politische Bildung für sie?

Auf der Ebene der individuellen Kompetenzen ergeben sich weitere Fragen nach den Voraussetzungen für die Inhalte und die methodische Durchführung von Angeboten:

- Welche Angebote politischer Bildung nutzen die Inhaftierten?
- Welche Bedarfe werden von Jugendlichen in Haft selbst artikuliert?

Junge Frauen im Jugendstrafvollzug

Da ein Großteil der vorliegenden Forschung auf die Situation von jungen Männern abhebt, wurde die Forschung auch im Vollzug mit jungen weiblichen Inhaftierten durchgeführt. Aufgrund der insgesamt geringen Belegung des Jugendvollzuges mit jungen Frauen (Stand November 2018: 179 weibliche Inhaftierte) ist die Datenlage jedoch gering.⁴

1 Bierschwale 2001, S. 119.

2 Borchert, Jens/Böttcher, Sabine/Schwede, Marcel 2011.

3 Tjettmers, Tim/Henning, Tim 2016, S. 18.

4 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/158317/umfrage/gefangene-und-verwahrte-in-deutschland-nach-art-des-vollzugs> [02.08.2019].

■ METHODISCHES VORGEHEN

Die Untersuchung der politischen Bildung im Strafvollzug unter Berücksichtigung formaler, non-formaler und informeller Bildung sowie der Selbst- und Fremdeinschätzung der Inhaftierten wurde als *triangulativer Prozess* gestaltet. Für die erste zu untersuchende Perspektive wurden Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten, insbesondere der Pädagogischen Dienste befragt. Die zweite Perspektive ist die der Projektmitarbeiter*innen externer Bildungsträger, welche non-formale Angebote politischer Bildung im Strafvollzug anbieten. Die Befragung der Inhaftierten dient zur Erhebung der Perspektive der Insassen.

Triangulation

Der *Zugang zum Feld* wurde über die Justizministerien der Länder, die Kriminologischen Dienste sowie die jeweiligen Justizvollzugsanstalten gestaltet. Diese wurden per Anschreiben über das Forschungsvorhaben informiert und um Genehmigung bzw. Teilnahme gebeten. Um einen deutschlandweiten Überblick über politische Bildung im Strafvollzug zu erhalten, wurde angestrebt, Erhebungen in Haftanstalten aller 16 Bundesländer durchzuführen. Träger non-formaler Bildungsangebote in Haft wurden unter anderem über Internetseiten der Haftanstalten, eigene Veröffentlichungen und Demokratie-Förderprogramme der Bundesregierung recherchiert und ebenfalls informiert.

Zugang zum Feld

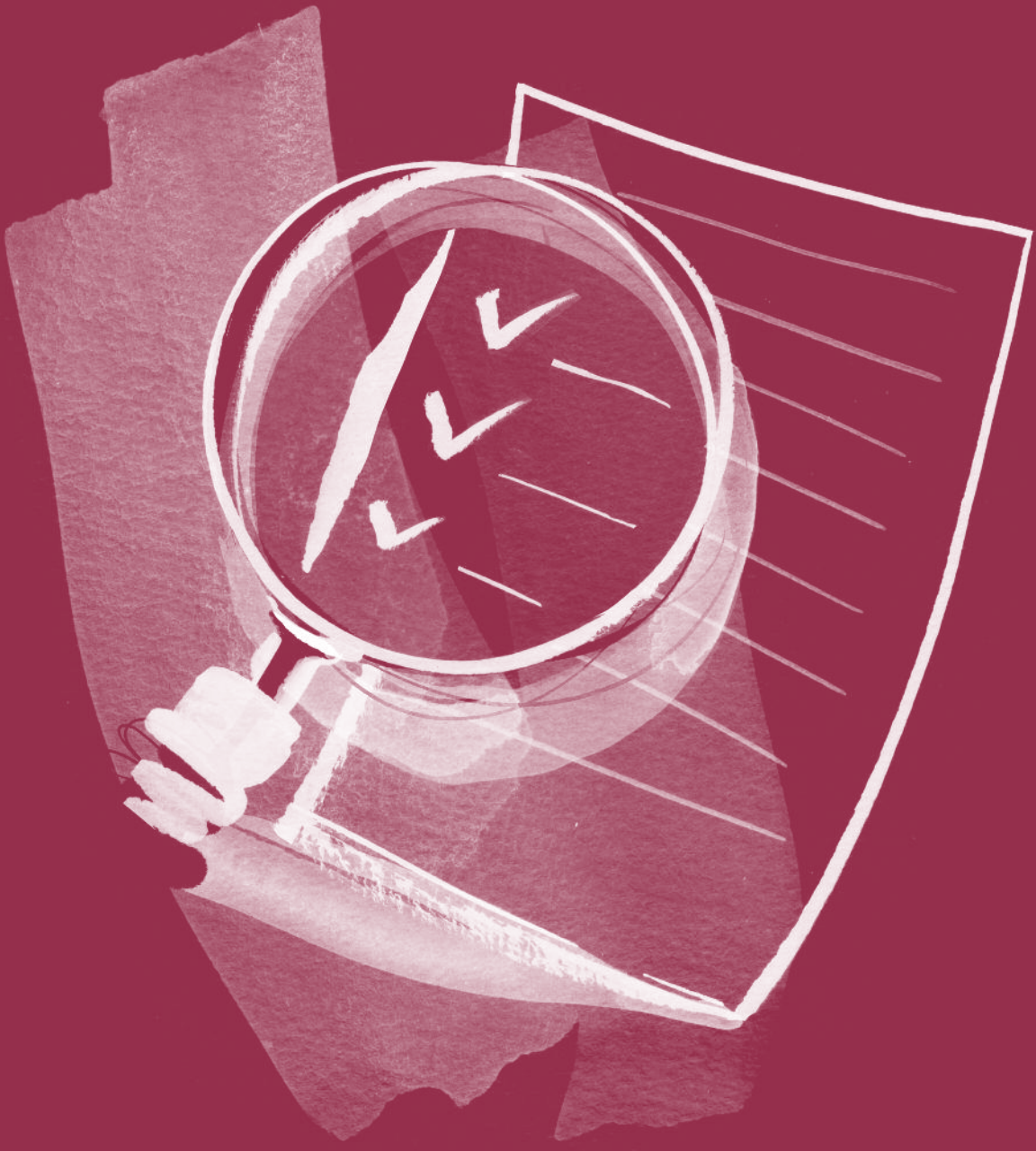
Methodisch wurde das Forschungsvorhaben mit qualitativen und quantitativen Methoden umgesetzt. Aufgrund der unzureichenden Datenlagen wurden Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug und externe politische Bildner*innen mithilfe qualitativer leitfadengestützter Interviews befragt, um eine offene Exploration des Feldes zu ermöglichen. Für die Befragung von Jugendlichen und Heranwachsenden im Schulkontext lagen Studien vor, die jedoch den Strafvollzug unberücksichtigt ließen.¹ An die vorhandenen Erhebungsinstrumente konnte die Befragung der Inhaftierten aber anknüpfen, sodass hierfür eine quantitative Vorgehensweise gewählt wurde.

Leitfadeninterviews und Fragebogen-Erhebungen

Bis einschließlich August 2019 wurden Haftanstalten in 15 Bundesländern in die Erhebung einbezogen. In den meisten Bundesländern konnten Interviews mit Bediensteten geführt werden. Fragebögen der Inhaftierten liegen derzeit für 13 Bundesländer vor. Teilweise war die Erhebung aufgrund von hoher Arbeitsbelastung oder stattfindenden Baumaßnahmen in einzelnen Anstalten nicht möglich. Zudem wurden die Perspektiven von Expert*innen aus dem Feld der politischen Bildung im Strafvollzug einbezogen.

Stand der Erhebung bis August 2019

¹ Achour, Sabine/Wagner, Susanne 2019; Balzter, Nadine/Ristau, Yan/Schröder, Achim 2014; Kohl, Wiebke/Seibring, Anne (Hrsg.) 2014; Lange, Dirk/Onken, Holger/Korn, Tobias 2013; Neundorf, Anja/Niemi Richard G./Smets, Kaat 2016; Persson, Mikael 2015) Schäfer, Armin 2015; Ziemes, Johanna F./Jasper, Janina 2016.



Bundesland	Leitfadeninterview Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug	Leitfadeninterview Externe politische Bildner*innen	Fragebögen Jugendstrafgefängene
Baden-Württemberg			
Bayern	4 Interviews	1 Interview	92 Fragebögen
Berlin	2 Interviews	4 Interviews	13 Fragebögen
Brandenburg	2 Interviews		29 Fragebögen
Bremen	2 Interviews		08 Fragebögen
Hamburg	3 Interviews		14 Fragebögen
Hessen	2 Interviews		
Mecklenburg-Vorpommern	3 Interviews		
Niedersachsen	2 Interviews (schriftl.)		35 Fragebögen
Nordrhein-Westfalen	3 Interviews	2 Interviews	158 Fragebögen
Rheinland-Pfalz			63 Fragebögen
Saarland	1 Interview		04 Fragebögen
Sachsen	1 Interview		37 Fragebögen
Sachsen-Anhalt	1 Interview	2 Interviews	40 Fragebögen
Schleswig-Holstein	1 Interview		11 Fragebögen
Thüringen	1 Interview		39 Fragebögen
Summe	28 Interviews	9 Interviews	543 Fragebögen

Tabelle 1: Erhobene Daten bis einschließlich August 2019

Die *Auswertung* der Leitfadeninterviews erfolgte mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring.¹ Ziel ist es, ein Kategoriensystem zu bilden, in dem die zentralen Aussagen der Interviews zusammengefasst sind. Die Analyse erfolgte softwaregestützt mit dem Programm MAXQDA. Die Daten aus den Fragebögen werden mittels deskriptiver statistischer Methoden ausgewertet. Als Software hierfür wurde das Statistikprogramm SPSS genutzt. Bis einschließlich August 2019 konnten 543 Inhaftierte in 13 Bundesländern befragt werden. Ausgehend von einer Gesamtzahl von Jugendstrafgefangenen in Deutschland von 3.352 männlichen Insassen² konnten ca. 16 Prozent der Inhaftierten erhoben werden. 73 Prozent der Befragten wurden in den westdeutschen und 27 Prozent in den ostdeutschen Bundesländern befragt, wobei Berlin als westdeutsches Bundesland codiert wurde. Mehrere Befragungen standen bei Redaktionsschluss noch aus.

Auswertung der Daten

¹ Mayring, Philipp 2000.

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/158317/umfrage/gefängene-und-verwahrte-in-deutschland-nach-art-des-vollzugs/> [02.08.2019]

ZENTRALE ERGEBNISSE DER ERHEBUNG

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt getrennt nach qualitativen und quantitativen Daten. Zunächst werden Ergebnisse aus den leitfadengestützten Interviews mit Mitarbeiter*innen im Strafvollzug (Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen) vorgestellt. Anschließend werden die Befragungen der externen politischen Bildner*innen betrachtet. Der dritte Teil gibt die zentralen Ergebnisse der Fragebogen-Erhebung mit inhaftierten Jugendlichen wieder.

■ BEFRAGUNG DER MITARBEITER*INNEN IM STRAFVOLLZUG

Induktiv hergeleitete Kategorien

Die vorliegenden 28 Interviews mit Mitarbeiter*innen des Jugendstrafvollzuges wurden analysiert und die einzelnen Aussagen (auf Ebene von Teilsätzen oder Sätzen) zu »Kategorien« zusammengefasst. Die Kategorien sind das »Herzstück«¹ der qualitativen Forschung. Sie dienen der Ordnung von Erkenntnissen. Insgesamt wurden zehn Kategorien gebildet: Drei Kategorien betreffen die Lernwelten (formal, non-formal und informell), zwei die Akteur*innen (Mitarbeiter*innen und Inhaftierte), die anderen Kategorien beziehen sich auf abstrakte Themen des Forschungsprojekts (politische Bildung, Demokratie, Resozialisierung und Bedarfe/Wünsche).

Kategorie »Formale Bildung«

Politische Bildung wird im Unterricht vor allem kognitiv vermittelt

Die Angebote politischer Bildung werden vor allem in formalen schulischen Maßnahmen gesehen. Je nach Bundesland heißen die Fächer unterschiedlich (zum Beispiel Gemeinschaftskunde oder Ethik). Zudem eignen sich auch andere Unterrichtsfächer, um politische Inhalte zu transportieren, hier wurden insbesondere Geschichte und Geographie benannt. Ein eigenständiges Fach »Politik« oder »Politische Bildung« existiert im Vollzug nicht. Inhalte sind meist die im Lehrplan verzeichneten Themen wie Föderalismus, Wahlen, Gewaltenteilung. Teilweise versuchen die befragten Pädagog*innen aber auch über die Vermittlung kognitiven Wissens hinauszugehen und beispielsweise demokratische Entscheidungen anzuregen, soweit dies im Rahmen des Unterrichts möglich ist. Durch solche exemplarischen Lehrformen sollen Beteiligungsrechte konkretisiert werden.

¹ Schreier, Margrit 2014.

Die Wirkung des Unterrichts wird durchaus kritisch betrachtet: Es bliebe zu wenig Zeit, da oftmals die Vorbereitung auf externe Prüfungen anstünde. Zudem sei das Interesse vieler Inhaftierter an Politik gering, viele hätten kaum Kenntnisse. So wüssten einzelne Gefangene selbst »mit dem Namen Adolf Hitlers kaum etwas (zu) verbinden«,¹ weitere Kenntnisse über den Nationalsozialismus lägen nicht vor. Die Lehrer*innen bemängelten insbesondere zwei Bedingungen: zum einen die fehlende Zeit für politische Bildung in den abschlussbezogenen Kursen und zum anderen den oftmals geringen Lebensweltbezug abstrakter Wissensvermittlung. So fehlten geeignete Materialien, die fachlich und inhaltlich richtig, gleichzeitig verständlich und der Zielgruppe angepasst seien.

**Inhaftierte wüssten
»mit dem Namen Adolf
Hitler kaum etwas zu
verbinden«**

Die Themen, die im Rahmen von Ethik-Unterricht oder anderen formalen Angeboten behandelt werden und die einen Bezug zu aktuellen politischen Debatten herstellen lassen, sind sehr unterschiedlich. Genannt wurden unter anderem (ohne Gewichtung):

**Die Themen politischer
Bildung sind vielfältig**

- Nahost-Konflikt
- Antisemitismus
- Legalisierung von Cannabis
- Deutsche Geschichte (vor allem 2. Weltkrieg bis zur Deutschen Einheit)
- Sinn von staatlicher Strafe
- Migration
- Umweltzerstörung, Klimawandel
- Geschlechterrollen
- generell: alle Themen, die einen Bezug zur Lebenswelt der Inhaftierten aufweisen.²

Dabei werden zahlreiche Themen auch in Haft als durchaus medial vermittelt wahrgenommen:

**Wissen über Politik und
Geschichte wird medial
vermittelt**

»Jede Schulklasse hat einmal in der Woche 90 Minuten Unterricht. Ob sie darüber hinaus was tun, wage ich zu bezweifeln, außer dass sie relativ viel CNN und NTV gucken, weil irgendwann das deutsche Fernsehen langweilig wird. Ob sie das verstehen und ob sie das einordnen können, ist eine ganz große Frage.«³

Häufig wird historisches Wissen über Geschichtsdokumentationen aufgenommen und bleibt thematisch isoliert stehen. Politische Bildung im Unterricht steht dann vor der Aufgabe, diese Inhalte aufzugreifen und zu ordnen, ihnen einen Kontext zu geben und so ein weiteres Verständnis aufzubauen. Gegebenenfalls muss auch korrigierend eingegriffen werden.

¹ Interview 5, Zeile 122-123.

² Interview 25.

³ Interview 13, Zeile 133ff.

Kategorie »Non-formale Bildung«

Anstaltsinterne Projekte vermitteln Grundsätze demokratischen Handelns

Ergänzend zum Unterricht bieten Justizvollzugsanstalten eigene non-formale Projekte an. Diese unterscheiden sich von Anstalt zu Anstalt. Genannt wurden Maßnahmen, die auch politische Inhalte aufweisen können:

- Antigewalttrainings
- Sportprojekte
- Mediationsausbildungen für Inhaftierte
- Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften, der Mediathek, der Lernplattform Elis und der Gefangenenbibliothek
- Soziale Kompetenztrainings

Die Beispiele korrespondieren mit allgemeinen Resozialisierungsbemühungen. Hier kann ein weites Verständnis von Politik vermutet werden, da beispielsweise die Fähigkeit, persönliche Streitigkeiten sozial verträglich und gewaltlos auszutragen, durchaus auf allgemeine Grundsätze demokratischen Handelns verweist.

Externe Projekte sind mit hohem Aufwand verbunden

Die Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug nehmen die externen Projekte unterschiedlich wahr. Einzelne Angebote wurden namentlich erwähnt (Wanderausstellung des Anne Frank Zentrums, Workshop-Angebote von MIND prevention), andere wurden eher allgemein unter »Projekte« subsummiert oder als »irgendwelche Programme« bezeichnet. Externe Angebote sind oftmals mit einem erheblichen Aufwand für Bedienstete verbunden, die für die Planung, Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Projekte zuständig sind. Da mehrfach ein erheblicher Personalmangel konstatiert wurde, muss diese Zeit gefunden werden.

Peer Education gilt als Erfolgskonzept

Der Modus der non-formalen Angebote unterscheidet sich deutlich von den formalen schulischen Maßnahmen. Während dort häufig frontal unterrichtet und eher gesprochen als gehandelt wird, nehmen die Pädagog*innen die non-formalen Projekte deutlich heterogener hinsichtlich der Methodik wahr. Die Ausbildung von Peer Guides wird als eine besonders gelungene Variante bezeichnet, die herkömmliche Unterrichtsstruktur aufzubrechen. Zudem erscheinen die Projekte zugleich niedrigschwellig (auf der Ebene der Anforderungen) und komplex (auf der Ebene der Einbindung der gesamten Persönlichkeit). Generell wird den Projekten bescheinigt, dass ein Umdenken einsetzt. Hinterfragt wird, ob von nachhaltigen Prozessen ausgegangen werden könne.

Kategorie »Informelle Bildung«

Die informellen Prozesse im Vollzug sind nur schwer abzubilden. Die befragten Mitarbeiter*innen nutzen die Möglichkeit, Dinge »nebenbei« anzusprechen. Hier sind es vor allem tagesaktuelle Geschehnisse in der Politik oder der Anstalt, die genutzt werden. Der Kontakt gehe eher von den Mitarbeiter*innen aus. Als wichtig wird eine gute Beziehung zu den Jugendlichen erachtet. Diese Formen des beiläufigen Wissenserwerbs erfordern ein besonderes Engagement der Mitarbeiter*innen, da diese ein Interesse an den Problemen der Jugendlichen haben müssen. Themen hierbei sind religiöse Praxen, über die man ins Gespräch kommt, und gruppenspezifische Prozesse, aber auch alltägliche Belange der Gefangenen.

Mitarbeiter*innen suchen mit Inhaftierten das Gespräch über Politik

Kategorie »Politische Bildung«

Die Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug sehen politische Bildung auf einer Wissens- als auf einer Handlungsebene, wobei sich die jeweiligen Definitionen der Befragten als heterogen erweisen. Die Spannweite der Beschreibung dessen, was politische Bildung ausmacht, reicht von dem, »was in den Nachrichten zu hören ist«, bis hin zu verschiedenen Formen des Zusammenlebens, dem Leben in der Familie und affektiven Fähigkeiten. Eine enge Definition politischer Bildung meint Faktenwissen, beispielsweise über das Grundgesetz und die Wahlen, Geschichtswissen und Kenntnis über internationale Konflikte. Ein weiteres Verständnis von politischer Bildung zeigt sich, wenn die Mitarbeiter*innen darüber sprechen, dass die Gefangenen eine eigene Meinung haben und zugleich andere Meinungen zulassen sollten oder wenn es um das Verhältnis der persönlichen Lebenswelt, der individuellen Interessen und Bedürfnisse sowie gesellschaftliche Anforderungen geht. Darüber hinaus werden Fragen von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus oder Antisemitismus und Islamismus behandelt.

Politische Bildung wird vordergründig mit Wissen über Politik verbunden

Themen politischer Bildung in Haft sind im formalen Bereich beispielsweise die Verfassung und politische Meinungsbildung in Parteien. Eine Rolle spielen insbesondere auch tagesaktuelle Geschehnisse. Als besonders relevant werden Fragen sozialer Spannungen, der Nahost-Konflikt und der Nationalsozialismus genannt. Doch auch die individuelle Lebenswelt der Inhaftierten bietet vielfältige Diskussionsmöglichkeiten: Fragen der Zivilcourage oder zum Umgang der Geschlechter miteinander seien Themenfelder politischer Bildung. Daneben gab es weitere Nennungen (ohne Gewichtung):

Themen politischer Bildung im formalen Bereich

- Menschen aus anderen Herkunftsländern, Fluchtursachen, Asylrecht
- Diversität, Diskriminierung, Gleichberechtigung

- Umweltschutz
- Leben von Muslim*innen in Deutschland, Koran
- Toleranz gegenüber Andersdenkenden
- Aktuelle Themen: »Brexit«, »Fridays for Future«, soziale Spannungen
- Historische Themen: DDR – BRD, Nationalsozialismus

Insgesamt wurden hier 55 Themen benannt, die letztlich die Hypothese zulassen, dass politische Bildung bei aller formalen Engführung durchaus thematisch weit gedacht wird. Auch in den Naturwissenschaften können inhaltliche Fragen vor einem politischen oder tagesaktuellen Hintergrund besprochen werden.

Kategorie »Demokratie«

Demokratie gilt als gegeben und schützenswert

Angesichts der Vielzahl von Interviews erscheint die Tatsache bemerkenswert, dass Demokratie nur selten thematisiert wird. Inhaltlich erscheint sie eher abstrakt als Möglichkeit der Partizipation, seltener aber als gelebtes Handeln oder Form des Zusammenlebens, für die es sich einzusetzen lohnt. Allerdings wird die Demokratie in ihrem Verhältnis zur politischen Bildung auch als gegeben und schützenswert vorausgesetzt. Ein/e Mitarbeiter*in meint auf die Frage nach der Rolle der politischen Bildung in Haft:

»Ich glaube einfach, das ist die Grundmauer, das ist die Festung für eine Demokratie, weil wenn man keine Ahnung hat wie Parteien, Wahlen oder Sonstiges funktioniert oder Hintergründe oder das Gesellschaftsleben. Das macht das ja alles aus. Das ist ja praktisch die Basis, das Gerüst, wo man zusammenleben kann. Wenn das nicht existiert, dann kann auch keine Demokratie existieren.«¹

In einem anderen Interview wird Demokratie als »das höchste Gut« bezeichnet, das zugleich mühsam herzustellen sei. Verbunden mit demokratischen Prozessen sei das »ewige Diskutieren«,² das den Jugendlichen nicht leicht fiele. Dennoch seien Diskussionen wichtig, da sie zum Nachdenken anregten.

Kategorie »Die Jungs« und »Die jungen Damen«

»Die Jungs« werden als defizitär wahrgenommen

Die Kategorien »Die Jungs« und »Die jungen Damen« verdeutlichen den Blick der Interviewten *auf* und das Sprechen *über* die Inhaftierten. Der enge Kontakt der Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug zu den Inhaftierten führt zu einer

¹ Interview 10, Zeile 22ff.

² Interview 1, Zeile 60.

erfahrungsbasierten Kenntnis über die »Jungs« oder »jungen Damen«, die distanziert, aber von einer grundsätzlich positiven Haltung gekennzeichnet ist. Allerdings werden die »Jungs« oft als defizitär wahrgenommen: Sie seien unfähig, Konflikte »normal« auszutragen und oft traumatisiert, hätten Sucht- und Aggressionsprobleme sowie häufig Psychiatrieerfahrung. Insgesamt gebe es »viele Baustellen«.¹ Auf der affektiven Ebene seien viele »Jungs« leicht kränkbar und sehr emotional in ihrem Auftreten. Viele schätzten ihre Familie als sehr wichtig ein, neigten jedoch zu autoritären Typen, die ihnen als Vorbilder dienten. Kognitiv sei der Bildungsstand gering, viele Themen seien nicht bekannt und die meisten hätten von »Politik keine Ahnung«. Zudem sei eine mangelnde verbale Ausdrucksfähigkeit festzustellen, die Diskussionen weiter erschwere.

Das Interesse der Jugendlichen an Politik wurde als weitgehend gering angesehen, wobei einzelne Themen (Mauerfall, Migration, Umwelt) auf Resonanz stoßen. Dementsprechend rechnen die Mitarbeiter*innen die Jugendlichen überwiegend der politischen Mitte zu. Es gebe allerdings auch einen Teil von Jugendlichen, die rechtsextrem oder islamistisch auftreten würden. Bei den jungen Rechtsextremisten wurden insbesondere Reichsbürger und »richtige Nazis« benannt, die ein verfestigtes nationalsozialistisches oder verschwörungstheoretisches Weltbild hätten. Die große Mehrheit sei jedoch nicht rechtsextrem. Dennoch wurde teilweise beobachtet, dass rechte Jugendliche in den Anstalten wieder häufiger und offensiver auftreten. Ein/e Mitarbeiter*in berichtet:

»Wir haben eine ganze Zeit lang Ruhe mit Rechtsextremismus und der ist wieder ganz doll im Vormarsch, das merkt man. [...] Dass die Hakenkreuze auf sich tätowiert haben, die Äußerungen, Briefe, die rausgehen [...]. Dass sie die als »Kanaken« beschimpfen und solche Sachen.«²

Offensichtlich wird das Phänomen wahrgenommen, da die Jugendlichen offensiv auftreten und ihre Meinung, auch durch die (verbotene) Präsentation verfassungsfeindlicher Symbole zur Schau stellen. Nachdem der Phänomenbereich Rechtsextremismus in Haft lange kaum als bedeutsam angesehen worden ist, tritt er inzwischen wieder in den Vordergrund und wird sichtbarer.

Der Islam sei im Vollzug »schick«³ und habe eine hohe Anziehungskraft, so dass im Vollzug junge Menschen aus einer dritten oder vierten Einwanderergeneration zum Islam konvertieren, obwohl sie bis zur Inhaftierung meist nicht oder nur marginal religiös waren. Zentrale Begriffe seien hier Ehre und Männlichkeitsbilder. Beobachtet werden sollte, ob und inwieweit Gefahren einer Radikalisierung bestehen.

**Rechtsextreme treten
in Haft offensiver auf**

**Bedeutung des Islams
für Jugendliche in Haft**

¹ Interview 1, Zeile 210.

² Interview 17, Zeile 151ff.

³ Interview 1, Zeile 362.

Zuschreibungen gegenüber den »jungen Damen«

Während die Bezeichnung der »Jungs« auf Menschen verweist, die in ihrer psychosozialen Entwicklung teilweise retardiert wirken, werden die inhaftierten jungen Frauen als reifer und ernsthafter wahrgenommen, was sich bereits in der begrifflichen Zuweisung als »junge Damen« widerspiegelt. Allerdings wird auch bei den »jungen Damen« sowohl ein Anpassungsprozess an das Gefängnis als auch altersgerechtes Verhalten beobachtet, insbesondere zu Beginn der Inhaftierung:

»Am Anfang traut man uns nicht. Man muss sich erst einmal beweisen, Stimmung in der Wohngruppe, den anderen Jugendlichen zeigen, wie toll man ist und dann muss man besonders frech sein, so übliches Pubertätsverhalten.«¹

Negative Erfahrungen mit staatlichen Behörden beeinträchtigen Bildungsprozesse

Die Themen, für die sich die inhaftierten jungen Männer und Frauen interessieren, korrespondieren nach Aussage der Mitarbeiter*innen mit denen außerhalb des Gefängnisses: der Aufbau von Beziehungen und Fragen des persönlichen Fortkommens, die Beziehung zu den Eltern und der Familie. Ansonsten sind es auch im Vollzug Probleme der Umweltzerstörung und der Migration sowie kriegerische Konflikte, die die Jugendlichen bewegen. Zudem haben viele Jugendliche Erfahrungen mit staatlichen Behörden gemacht und zu Themen der politischen Bildung, in denen es um Rechte und Gesetze und deren Durchsetzung geht, einen sehr kritischen Bezug.

Jugendliche sind auf Identitätssuche

Inhaltliches Wissen scheint häufig die Ausnahme zu sein; teilweise werden politische Akteur*innen lediglich aufgrund ihres Äußeren beurteilt. Auch die Jugendlichen selbst definieren sich häufig über ihr Aussehen. Ein/e Mitarbeiter*in vermutet:

»Jugendliche sind auf der Identitätssuche und ich stelle jetzt mal die These auf, dass Jugendliche im Vollzug noch viel mehr auf Identitätssuche sind, weil irgendwas ist schiefgelaufen, sonst wären sie ja nicht auf die schiefe Bahn gekommen. Die Jugendlichen, die wir hier haben, auch Erwachsene, haben ganz häufig die Vorstellung: ›Ich kann sowieso nichts. Ich bin nichts wert. Wichtig ist nur mein Aussehen.«²

Zusammenfassung der Befragung

Zusammenfassung der Aussagen der Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug

Insgesamt verfolgen die Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug das Ziel, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten über Politik zu sprechen und politische Themen im Unterricht zu behandeln. Ziel ist es, bestimmte Kenntnisse zu vermitteln und Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

¹ Interview 101, Zeile 337ff.

² Interview 102, Zeile 512ff.



Als ein geeignetes Mittel wird die Orientierung an der individuellen Lebenswelt der Jugendlichen gesehen, vor allem an den jeweiligen Biografien, an ihren Interessen und an ihren Themen.

Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus treten im Jugendvollzug verstärkt und zunehmend offensiv auf. Hier besteht die Notwendigkeit der Reaktion und Intervention. Die Themen müssen im Rahmen des Unterrichts aufgegriffen werden. Häufig fehlt dafür allerdings die Zeit und angesichts der Vielzahl an Themenfeldern teilweise auch die Sachkenntnis, um alles ausführlich zu besprechen. Als Herausforderung wird gesehen, dass nach einer mehrjährigen Sozialisation und vielen Problemlagen jede Form der Einflussnahme an ihre Grenzen kommt. Der Lebensweltbezug, der zwar angestrebt wird, wird auch widersprüchlich betrachtet, da die persönlichen Bezüge zu Situationen führen können, die kaum handhabbar sind, etwa, wenn Kriegserinnerungen oder Traumata aktiviert werden.

Methodisch findet die anstaltsinterne formale politische Bildung vor allem in (frontalen) Unterrichtssituationen statt, diese kann aber auch aufgelockert werden. Vermittelt wird politische Bildung insbesondere in Fächern wie Geschichte und Ethik, kann aber grundsätzlich auch in anderen Fachbereichen ihren Platz finden. Ein Handlungswissen über Methoden aus der Sozial- oder Kulturpädagogik wird von den Befragten teilweise ausdrücklich erwünscht.

■ BEFRAGUNG DER MITARBEITER*INNEN POLITISCHER BILDUNGSTRÄGER

Chancenarme Jugendliche sind nicht politisch desinteressiert

Die aktuelle Forschung beschreibt chancenarme Jugendliche nicht per se als apolitisch und interessenlos. Die Jugendlichen haben vielmehr ihre Themen und ihre Sprache, um ihr politisches Interesse zu beschreiben.¹ Themen wie Geschlecht, Arbeit, Ausbildung, Gewalt, Drogen, Wohnen, Beziehung, Freiheitsentzug und Zukunft stehen im Vordergrund. Hier knüpfen die externen Projekte häufig im Gefängnis auf ganz unterschiedliche Weise an. Da die Projekte der non-formalen Bildung zum Teil auf freiwilliger Teilnahme basieren, müssen und wollen diese politischen Bildungsprojekte einladende und produktive Formate sowie Settings anbieten, um ein Interesse herzustellen.

Grundprinzipien politischer Bildung: Lebensweltbezug und Freiwilligkeit

Die externen Bildungsprojekte im Gefängnis sind mit differenzierten Ansätzen aufgestellt. Sie reichen beispielsweise von historisch-politischer Bildung (Wanderausstellung des Anne Frank Zentrums), Angeboten zur Deradikalisierung

¹ Achour, Sabine/Wagner, Susanne 2019; Balzter, Nadine/Ristau, Yan/Schröder, Achim 2014; Kohl, Wiebke/Seibring, Anne (Hrsg.) 2014; Lange, Dirk/Onken, Holger/Korn, Tobias 2013; Neundorf, Anja/Niemi Richard G./Smets, Kaat 2016; Persson, Mikael 2015; Schäfer, Armin 2015; Ziemes, Johanna F./Jasper, Janina 2016.

(Violence Prevention Network), interkultureller Bildung (»ReStart« von MIND prevention), über theaterpädagogische Projekte (Gefängnistheater aufBruch, Förderverein JVA Holzstraße e.V.) bis hin zu kultureller Bildung (»Frei(T)räume Erleben« von Miteinander e.V.). Gemein ist den Projekten, dass sie mit ver-schränkten Ansätzen und multimethodisch arbeiten und Lebensweltbezüge herstellen. Ganz unterschiedlich gestalte sich dabei der zeitliche Rahmen: Es gibt Projekte, die nur ein oder zwei Tage dauern. Ebenso werden Formate ange-boten, die einmal wöchentlich, bzw. intensiv täglich über einen längeren Zeit-raum stattfinden. Grundsätzlich ist die Teilnahme zumeist freiwillig, abgesehen von expliziten Deradikalisierungs-Workshops und Antigewalttrainings primär im Bereich Rechtsextremismus und Islamismus. Acht von neun interviewten Projektmitarbeiter*innen betonten, dass sie keinen direkten Einblick in die Zusammenstellung der Teilnehmenden an ihren Workshops haben und dem-zufolge vorab nicht wissen, inwiefern Interesse am jeweiligen Angebot besteht oder die Teilnahme verpflichtend von der Haftanstalt bestimmt wird.

Aus den Interviews mit externen politischen Bildner*innen wurden zwölf Kategorien abgeleitet. Drei Kategorien betreffen die Lernwelten (formal, non-formal, informell), vier Kategorien die Akteur*innen (Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug, externe politische Bildner*innen sowie Inhaftierte) und hier insbesondere das Beziehungsgeflecht zwischen Projektmitarbeiter*innen und Bediensteten der Haftanstalten. Die weiteren Kategorien beziehen sich auf abstrakte, aber zentrale Themen dieser Studie (politische Bildung, Institution Gefängnis, Wünsche/Bedarfe, Resozialisierung). Von zentraler Bedeutung sind folgende Kategorien:

Kategorie »Non-formale Bildung«

Die im Jugendstrafvollzug angebotenen Projekte der non-formalen Bildung gestalten sich sehr heterogen mit ganz unterschiedlichen Bildungs- und Inter-ventionsformaten sowie multimethodischen Ansätzen mit dem Ziel, die Dialog-kompetenzen und Handlungssicherheiten zu stärken und Identitätsfragen auf-zugreifen. Dabei werden Akteur*innen häufig mit dem Vorurteil konfrontiert, dass ihre Workshops eine Form von »Eventcharakter« hätten. In den angebotenen Workshops werden Themen erstmalig oder intensiver bearbeitet, die im formalen Rahmen zu kurz kommen oder gar nicht angesprochen werden. Gründe hierfür sind die Spezialisierungen der Projektmitarbeiter*innen, die diesbezüglich thematisch und auch methodisch flexibler sind. Als ideal hätten sich Projekte mit einer Laufzeit von drei Monaten herausgestellt, was jedoch vom jeweiligen Angebot abhängig ist.

Auf die Zusammensetzung der Workshop-Gruppen haben die politischen Bildner*innen im Vorfeld keinen direkten Einfluss. Teilweise werden bestimmte

Induktiv hergeleitete Kategorien

Politische Bildung als Event

Ansprache und Auswahl der Teilnehmenden

Rahmenbedingungen vorgegeben, etwa durch den Hinweis darauf, dass menschenverachtende Aussagen nicht geduldet werden. Ebenso wird grundsätzlich allen Teilnehmenden dargelegt, dass die fakultative Beteiligung fast immer bedeutet, dass es zu Lasten der eigenen Freizeit gehe. Zu Projektbeginn werden die Teilnehmenden informiert, dass gewisse Grundregeln gelten, oder gemeinsame Vereinbarungen getroffen. Als wünschenswert äußerten die Befragten eine stabile und längerfristige Finanzierung für Projekte, die sich im Jugendstrafvollzug bewährt hätten und sowohl von interner als auch externer Seite anerkannt seien. Aufgrund der teilweise jährlichen Antragsstellung auf Finanzierung der Projekte könne den Haftanstalten keine konstante Konzeption vorgelegt werden.¹

Kategorie »Politische Bildung«

Bildungsangebote zielen auf Urteils- und Handlungskompetenz

Politische Bildung spielt in den Projekten der non-formalen Bildung, die im Jugendstrafvollzug angeboten werden, eine essentielle Rolle. Das geschieht indirekt in Form von kultureller, interkultureller und sozialer Bildung oder ganz direkt, denn die politischen Bildner*innen fassen unter politischer Bildung grundsätzlich »alle Formate, die darauf abzielen, die Teilnehmenden darin zu fördern, sich ein Urteil zu bilden und an Meinungsbildungsprozessen [teilzunehmen] und aktiv gestalterisch auf ihre Umwelt einzuwirken«. ²

Allgemeine Bildungsdefizite begründen besonderen Bedarf an politischer Bildung

Vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der Inhaftierten über eine geringe formale Bildung verfügt, ergab die Auswertung der Interviews, dass speziell in der Institution Jugendgefängnis politische Bildung »weitaus mehr, als in der freien Sozialarbeit«³ notwendig sei. Gründe dafür sind unzureichendes Basiswissen, was unter anderem aber auch an der formalen politischen Bildung in Deutschland festgemacht wird, die »eine Katastrophe«⁴ sei. Die politischen Bildner*innen sehen in ihren Projekten Möglichkeiten der Prävention, demokratische Prozesse aufzuzeigen, Meinungsbildungsprozesse und soziale Fähigkeiten zu stärken sowie ein Bewusstsein für Vielfalt zu schaffen. Ihnen ist bewusst, dass ihre Arbeit einen Beitrag zur Resozialisierung leisten kann, auch wenn politische Mündigkeit im Fokus der Projektausrichtung steht.

Multimethodische und niedrigschwellige Bildungsangebote

Alle befragten Projekte eint ein Mehrmethodenansatz. Es werden kultur-, theater- und medienpädagogische Methoden genutzt, die den Lebensweltbezug der Jugendlichen berücksichtigen, um generelles Interesse zu generieren. Zudem soll aufgezeigt werden, in welcher Art und Weise die Inhaftierten im Alltag mit politischen Themen in Berührung kommen. Grundsätzlich sind sich alle

¹ Vgl. Interview e9.

² Interview e2, Z. 5-7.

³ Interview 9, Z. 32.

⁴ Interview e5, Z. 467.

Befragten einig, dass politische Bildung non-formal nur lebensweltbezogen und niedrighschwellig vermittelbar sei. Dass es sich bei dem jeweiligen Angebot um ein Projekt der politischen Bildung handelt, wird gegenüber Teilnehmenden nicht immer offen und direkt kommuniziert. Das ist darin begründet, dass der Begriff politische Bildung abschreckend und uninteressant wirken könnte.¹

Die Nachhaltigkeit der politischen Bildungsarbeit stellt alle Projekte vor eine große Herausforderung. In dieser Hinsicht mangelt es den Trägern politischer Bildung an Ressourcen und Möglichkeiten der direkten Ansprache. Teilweise werden die Inhaftierten in den Workshops zu Peer Guides ausgebildet und äußern während des Projektverlaufs den Wunsch, nach der Entlassung an ähnlichen Projekten teilzunehmen. In den drei Stadtstaaten gestalten sich Nachfolgeprojekte nach der Haftentlassung einfacher als in den Flächenländern.

Nachhaltigkeit der Bildungsangebote

Kategorie »Die Jungs«

Während die Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug »die Jungs« teilweise als desinteressiert und defizitorientiert wahrnehmen, sehen die externen politischen Bildner*innen diese vielschichtiger. Sie richten den Blick mehr auf deren Fähigkeiten und äußerten, dass sie zu den Teilnehmenden der Projekte eine gute Beziehung aufbauen können und diese sich interessiert und engagiert zeigen. Die Befragten gaben an, sich nicht für die Straftaten der Inhaftierten zu interessieren, um unvoreingenommen mit ihnen arbeiten zu können. Auch aufgrund des Datenschutzes erhalten sie keine Akteneinsicht bezüglich der Straftaten. Viele Befragte bemühen sich in den Bildungsprozessen um eine flache Hierarchieebene. Sie möchten »auf Augenhöhe« mit den Inhaftierten arbeiten und die Teilnehmenden sollen sich respektiert fühlen.

**Wahrnehmung der Inhaftierten/
Beziehungsebene**

Auch Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug betonen die Bedeutung externer Projekte: Sie stellen fest, dass sich Inhaftierte gegenüber externen politischen Bildner*innen teilweise mehr öffnen und diese eine positive Wirkung auf ihr Verhalten hätten. Die befragten politischen Bildner*innen beobachten, dass die Teilnehmenden aufgeschlossen, begeisterungsfähig, interessiert und ausdauernd an den Workshops teilnehmen. Wie das pädagogische Personal der Haftanstalten konstatieren externe politische Bildner*innen, dass das Bildungsniveau der Inhaftierten abnimmt. *»Da stellt sich die Frage, wie weit niedrighschwelliger kann man noch gehen?«*² In einem Interview wurde angegeben,³ dass die Teilnehmenden trotz fehlenden kognitiven Wissens eine instinktive Urteilskompetenz haben.

Inhaftierte begegnen Bildungsprojekten mit Interesse und Offenheit

¹ Vgl. Kohl, Wiebke/Calmbach, Marc 2012, S. 17-26.

² Interview e8, Zeile 677-678.

³ Interview e5, Zeile 543.



Auch konstatieren die Projektmitarbeiter*innen Einstellungsänderungen durch ihre Workshops, deren langfristige Wirkung sie jedoch nicht im Blick hätten.

Kategorie »externe politische Bildner*innen«

Für eine adäquate Durchführung der Workshops im Strafvollzug äußerten alle Befragten, dass sie authentisch sein müssten, keine Scheu vor kontroversen Diskussionen haben dürften, die Inhaftierten ernst nehmen und ihnen Wertschätzung entgegenbringen müssten. Alle befragten politischen Bildner*innen sind sich ihrem Selbstverständnis nach darüber bewusst, dass sie nicht therapieren und keine Meinungen vermitteln, sondern Denk- und Reflexionsprozesse anstoßen. Ein Projekt könne nur gelingen, wenn sie den Inhaftierten offen gegenüberstehen. Gleichzeitig müssen die externen politischen Bildner*innen flexibel auf Äußerungen reagieren und Gruppenprozesse erkennen und steuern können.

»Knast ist ein extrem hierarchisches System. Das wird natürlich auch so durchgereicht und von den Inhaftierten gelebt. Und auch da im Sinne einer Gruppendynamik zu schauen: Wer ist besonders dominant? Wer ist zurückhaltend? Wem muss man mehr Raum geben? Wo muss man gucken, dass jemand nicht zu viel Raum greift. [...] Das sind so Dinge, die da mitgedacht gehören.«¹

Neben ihrer Arbeit mit den Inhaftierten sehen die externen politischen Bildner*innen auch den Bedarf an Weiterbildungen für Angestellte der Justizvollzugsanstalten, insbesondere zu spezifischen Themen wie Rassismus in der Alltagssprache, Männlichkeitsvorstellungen und männliche Dominanz, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Kategorie »Beziehungsgeflecht intern & extern«

Bei der Umsetzung der Projekte sind die Bildungsträger auf Unterstützung des Personals der Anstalten angewiesen. Den Befragten ist bewusst, dass die Durchführung von Projekten – bedingt durch personelle Engpässe – oft mit Mehraufwand und Überstunden für die JVA-Mitarbeiter*innen einhergeht. Häufig werden non-formale Bildungsangebote von Bediensteten nur als Freizeitangebot betrachtet; Workshop-Leiter*innen werden lediglich als Dienstleister*innen gesehen.

Selbstverständnis und eigene Rolle in Bildungsprozessen

Bedarf an politischer Bildung für Bedienstete

Bildungsprojekte bedeuten Aufwand und treffen auf Abwehr

¹ Interview e2, Zeile 263-267.

»Natürlich gab es da erst mal ganz viel Abwehr [...]. Das ist natürlich immer so, dass man in ein System, was in seinen eigenen Bahnen läuft, [...] erst einmal ein Fremdkörper ist.«¹

»Also wir haben da viel erreicht und wir haben natürlich einen Status und können in manchen Gefängnissen toll arbeiten und haben in jedem Gefängnis auch Leute, die uns da unterstützen. Aber es gibt natürlich trotzdem viel Gegenwind. Das ist auch so geblieben.«²

Skepsis gegenüber Angeboten der politischen Bildung gibt es nicht nur auf der Ebene der Justizvollzugsanstalten, sondern teilweise auch auf der Ebene der Justizministerien, wo die Projektträger ebenfalls mit Konzeptionen vorstellig werden. Ein Auftrag an Projektträger kann darin gesehen werden, eigene Vorhaben gut vorzustellen, das methodische Vorgehen transparent abzubilden und darzustellen, welchen Mehrwert die Gesellschaft durch die Angebote hat.

Engagierte Einzelpersonen ebnen häufig Zugänge

In den Interviews wurde deutlich, dass der Zugang zu Haftanstalten erleichtert wird, wenn eine interne Person den Kommunikationstransfer gewährleistet.

»[Es] steht und fällt mit diesen Schlüsselpersonen, wie engagiert die sich auf die Projekte einlassen und mitwirken, wie viel Werbung sie auch für so eine Projektarbeit in der Anstalt machen und sich eben auch auf das einlassen, was wir da machen. Und das ist eben bei den Personen, mit denen wir jetzt gerade arbeiten so, dass die schon eine Vorstellung davon haben, dass es im Vollzug auch andere Angebote braucht, als das, was die Regelstruktur vorhält. Da ist sozusagen schon ein Stück weit Sensibilisierung durch den Berufsalltag erfolgt, was uns natürlich ungemein hilft.«³

Faktoren für eine gelingende Zusammenarbeit

Als Schnittstellenpersonen haben sich am besten diejenigen bewährt, die nicht am Sanktionssystem der Haftanstalt beteiligt sind.⁴ Ebenso gestaltet sich die Durchführung der Workshops einfacher, wenn Bedienstete die Projekte befürworten und die darin vermittelten Werte teilen und vorleben. Die Befragten wünschen sich in dieser Hinsicht Weiterbildungen und Schulungen, insbesondere für den Allgemeinen Vollzugsdienst. Auf Seiten der externen politischen Bildner*innen müsse wiederum das Bewusstsein und die Akzeptanz vorhanden sein, den strikten Zeitplan im Gefängnis bei der Konzeption sowie Durchführung mitzudenken und einzuhalten. Erwünscht wird eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, von der beide Seiten profitierten. Denkbar seien gemeinsame Projektentwicklungen der internen und externen Akteur*innen.

¹ Interview e4, Zeile 37-39.

² Interview e4, Zeile 73-76.

³ Interview e2, Zeile 116-163.

⁴ Vgl. Interview e2, Zeile 110-112.

Zusammenfassung der Aussagen der externen politischen Bildner*innen

Fast alle Projekte eint, dass sie einen Lebensweltbezug herstellen, um die Distanz von Jugendlichen und Heranwachsenden gegenüber Inhalten der politischen Bildung abzubauen. Das Verständnis der Befragten von politischer Bildung ist nicht eng an eine rein kognitive Vermittlung von Wissen geknüpft. Die Bildungsprojekte greifen gesellschaftspolitische Fragen auf und zeigen, inwiefern Politik mit der Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders und dem Alltag jedes Einzelnen zusammenhängt. Politische Bildung und Soziale Arbeit vermischen sich in den Projekten. Themen wie Geschlechterverhältnisse, Arbeit, Ausbildung, Gewalt, Diskriminierung, Drogen, Wohnen, Beziehung, Freiheitsentzug und Zukunft stehen hier im Vordergrund. Viele Projekte arbeiten mit kreativen und innovativen Ansätzen.

Die externen Mitarbeiter*innen konstatieren, dass die Jugendlichen nicht politisch desinteressiert sind. Jugendliche, die Politik nur mit spezifischen Institutionen, Personen und Themen gleichsetzen, nehmen aber eine eher abwehrende Haltung gegenüber politischer Bildung ein. Mittels verschiedener methodischer Zugänge und Formen der Musik-, Sport-, Kunst- und Theaterpädagogik, die sich von der formalen Wissensvermittlung abheben, gelingt es Interesse bei den Teilnehmenden zu wecken, Wissen zu vermitteln und zur Auseinandersetzung mit politischen Themen anzuregen.

■ BEFRAGUNG DER JUGENDLICHEN INHAFTIERTEN

Die Perspektive der Inhaftierten auf die politische Bildung im Strafvollzug ergänzt die Ausführungen interner und externer Anbieter*innen. Mithilfe eines Fragebogens in deutscher und arabischer Sprache wurden volljährige Inhaftierte in Jugendstrafanstalten zur politischen Bildung befragt. Die Fragen bezogen sich auf das Wissen und das Interesse an Politik, die Definition, welche die Inhaftierten selbst von politischer Bildung haben, die politische Partizipation, die Einstellungen sowie die Informationsquellen für politische Themen. Insgesamt haben 543 Jugendstrafgefangene an der Befragung teilgenommen. Von den Befragten waren 27 Prozent in den ostdeutschen Bundesländern inhaftiert. Ergebnisse aus Baden-Württemberg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern konnten für diese Publikation nicht in die Auswertung einbezogen werden.¹

Zusammenfassung der Befragung

Zielgruppe und Gegenstand der Befragung

¹ Redaktionsschluss des vorliegenden Textes ist der 31.08.2019.

**Politische Bildung wird
überwiegend auf der
kognitiven Ebene verortet**

Tabelle 2 zeigt die zehn häufigsten Antworten der Inhaftierten auf die Frage: »Was bedeutet politische Bildung für Sie?«. Bei den prozentualen Werten handelt es sich um Angaben darüber, wie viel Prozent der Befragten die jeweilige Kategorie genannt haben.

Tabelle 2: Die zehn häufigsten Antworten auf die Frage: »Was bedeutet politische Bildung für Sie?« (n=386, Mehrfachnennungen, Angaben in Prozent der Fälle)

Was bedeutet politische Bildung für Sie?	
Über das aktuelle politische Geschehen in Kenntnis sein	29%
Wissen über das politische System, Parteien und Politiker	23%
Aktive Auseinandersetzung mit Politik	15%
Aufgeklärt werden über Politik	13%
Partizipation	12%
Negative Zuschreibung	10%
Ist wichtig für das eigene Leben	9%
Meinungsbildung und Meinungsaustausch	8%
Interesse an Politik	6%
Miteinander der Menschen	5%

Genannt wurde insbesondere eine kognitive Ebene politischer Bildung. Dies betrifft vor allem Kenntnisse und Wissen, aber auch die Wissensvermehrung. Daneben wurden Bezüge zum Interesse und zu Meinungsbildung und Partizipation festgehalten. Die Jugendlichen sehen zum Teil einen Bezug politischer Bildung zum eigenen Leben.

Im Folgenden sollen einige Indikatoren politischer Bildung näher beleuchtet werden. Im ersten Schritt wird die kognitive wissensorientierte Dimension politischer Bildung betrachtet. Daraufhin wird zweitens das Interesse an Politik untersucht, wobei auch der Bezug zum politischen Wissen hergestellt wird. Im dritten Schritt wird die partizipative Dimension politischer Bildung beschrieben, wobei insbesondere die Teilnahme an Wahlen bei der Nennung der Partizipation als Definition politischer Bildung besonders heraussticht. Ein von den Inhaftierten nicht genannter, aber wichtiger Aspekt ist die politische Einstellung, die an vierter Stelle thematisiert wird.

Wissen über Politik

Politisches Wissen

Die Inhaftierten charakterisieren politische Bildung am häufigsten auf der kognitiven Ebene. Dazu zählt die *Kenntnis über das aktuelle politische Geschehen*, wobei sowohl politische Ereignisse auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene gemeint sind: »Es ist wichtig, um zu wissen, was in der Welt gerade läuft und was in Deutschland passiert«.¹

¹ Fragebogen 249.



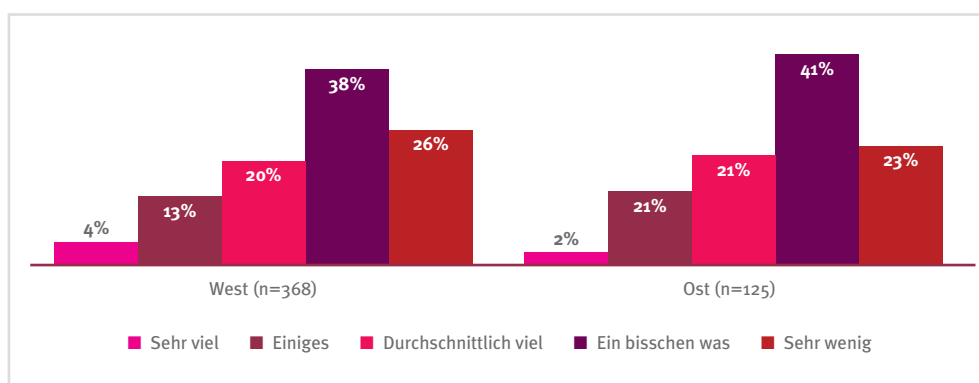
Auch das *Wissen über das politische System, Politiker und Parteien* ist eine häufig genannte Definition politischer Bildung.

Politische Bildung wird sowohl als passiver als auch aktiver Prozess verstanden

Im Hinblick auf diese wissensbezogene Definition politischer Bildung ist interessant, inwiefern politische Bildung als passiver oder aktiver Prozess verstanden wird. Auf der einen Seite steht das *Aufgeklärt werden* über Politik: Politische Bildung bedeutet, »[...] wen man über Politik weitergebildet wird und mehr dazu lernt um es besser zu verstehen [sic!]¹. Auf der anderen Seite wird politische Bildung als *aktive Auseinandersetzung mit der Politik* beschrieben: »Sich mit Themen auseinandersetzen die den Politik beschäftigen und sich immer über Politische Themen informieren [sic!]². Diese Nennungen zeigen, dass politische Bildung am häufigsten als das Wissen und Verstehen politischer Themen sowie die Auseinandersetzung mit diesen aufgefasst wird. Dies ist wichtig, um die Selbsteinschätzung der Inhaftierten im Hinblick auf ihr Wissen über Politik interpretieren zu können.

Abbildung 3 zeigt, dass ein Großteil der Befragten sich selbst als mit wenig Wissen über Politik ausgestattet einschätzt, wobei sich keine relevanten Unterschiede zwischen Befragten in Haftanstalten der westdeutschen und ostdeutschen Bundesländer zeigen (Berlin ist nicht gesondert dargestellt, da die Zahl der Befragten gering ist).

Abbildung 3: Selbst eingeschätztes Wissen über Politik in westdeutschen (inkl. Berlin) und ostdeutschen Bundesländern (Differenz zu 100 Prozent kommt durch Rundungen zustande)



Mehr als zwei Drittel der Befragten geben an, wenig über Politik zu wissen

Vor dem Hintergrund der angegebenen Definition politischer Bildung wird deutlich, dass sich die Selbsteinschätzung der Inhaftierten auf ihre Kenntnisse über das aktuelle politische Geschehen und Deutschland, Europa und der Welt sowie das Faktenwissen über das politische System, Parteien und Politiker bezieht. Daraus lässt sich folgern, dass ein Großteil der Befragten angibt, wenig über das aktuelle politische Geschehen und das politische System, Parteien und Politiker zu wissen.

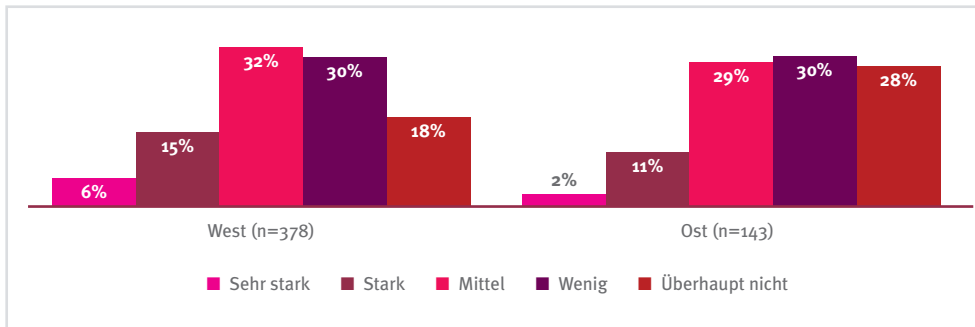
1 Fragebogen 47.

2 Fragebogen 191.

Interesse an Politik

Wenngleich die wissensorientierte Definition am häufigsten genannt wurde, stellt sie nicht den einzigen Bereich dar, den die Inhaftierten mit politischer Bildung assoziieren. Auch das *Interesse an Politik* zählt zu den zehn am häufigsten genannten Antworten.

Abbildung 4 zeigt die Häufigkeiten auf die Frage: »Wie stark interessieren Sie sich für Politik?«, getrennt nach westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern.



Politisches Interesse

Abbildung 4: Selbsteingeschätztes Interesse an Politik nach westdeutschen (inkl. Berlin) und ostdeutschen Bundesländern (Differenz zu 100 Prozent kommt durch Rundungen zustande)

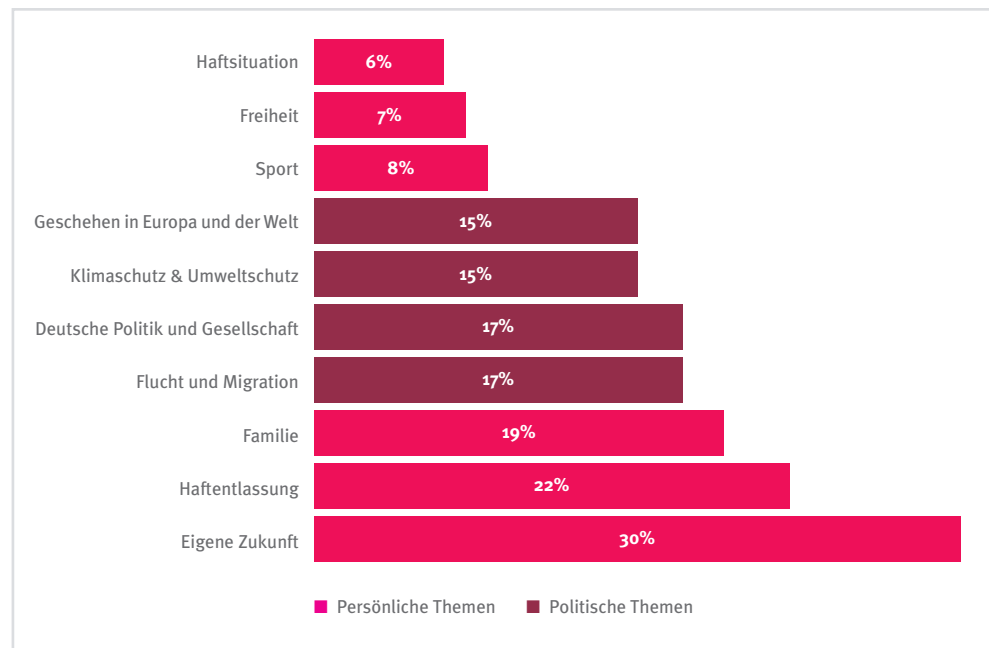
Insgesamt zeigt sich, dass die Inhaftierten ihr Interesse eher als mittelmäßig mit einer Tendenz zu wenig bis gar keinem Interesse einschätzen. Die differenzierte Auswertung nach Ost und West zeigt, dass Inhaftierte in Anstalten in westdeutschen Bundesländern sich im Vergleich zu denen in ostdeutschen Bundesländern häufiger als sehr stark, stark oder mittelmäßig interessiert einschätzen. Dies lässt zunächst darauf schließen, dass Befragte aus den ostdeutschen Bundesländern weniger an Politik interessiert sind. Die Ergebnisse berücksichtigen allerdings keine weiteren Einflussfaktoren, insbesondere die Ausgestaltung des formalen Unterrichts und non-formaler Bildungsprojekte politischer Bildung in den Haftanstalten, welche das Interesse an Politik bedingen könnten. Überprüft werden kann mithilfe der erhobenen Daten, inwiefern die Teilnahme der Inhaftierten an Projekten während der Haft und dem Interesse an Politik zusammenhängt. Die Auswertung zeigt, dass es auf einem Signifikanzniveau von 5 Prozent keinen statistisch signifikanten Zusammenhang gibt. Folglich kann nicht angenommen werden, dass das Interesse an Politik der Inhaftierten, die schon einmal an einem Projekt in Haft teilgenommen haben, höher ist, als bei solchen, die noch an keinem Projekt teilgenommen haben.

Der überwiegende Teil der Befragten gibt an, mittelmäßig, wenig oder überhaupt kein Interesse an Politik zu haben

Abbildung 5 zeigt die zehn am häufigsten genannten Themen auf die Frage: »Welche Themen sind Ihnen gerade besonders wichtig? Das kann alles sein, was Sie zurzeit beschäftigt.«

Themen, die den Befragten zum Zeitpunkt der Befragung wichtig waren

Abbildung 5: Die zehn häufigsten genannten Themen, welche die Inhaftierten interessieren (n=751, Mehrfachnennungen, Angaben in Prozent der Fälle)



Neben den eigenen Lebensumständen beschäftigen die Inhaftierten genuin politische Themen

Es zeigt sich, dass die aktuellen Lebensumstände der Befragten, die mit der Inhaftierung einhergehen, bei der Beantwortung von besonderer Bedeutung sind. So ist die eigene Zukunft im Hinblick auf die berufliche Situation oder das Finden einer Wohnung das am häufigsten genannte Thema, gefolgt von der Haftentlassung und der Familie. Darüber hinaus wurden allerdings auch Themen genannt, die nicht (nur) die persönliche Lebenswelt der Befragten betreffen, sondern politischen Charakter haben. Neben zahlreichen Nennungen im Hinblick auf die deutsche Politik und Gesellschaft (beispielsweise die Rüstungspolitik, Rentenkonzepte, Ost-West-Unterschiede, Gewalt in der Gesellschaft) wurden auch Themen genannt, die das internationale Geschehen betreffen (etwa der »Brexit«, die Präsidentschaft von Donald Trump).

Häufig genannte politische Themen: Umweltschutz und Migration

Zwei Bereiche stachen besonders stark heraus, sodass sie jeweils einer eigenen Kategorie zugeordnet wurden: *Klimawandel und Umweltschutz* sowie *Migration*. Dass diese beiden Themen besonders häufig genannt wurden, ist einerseits auf ihre hohe mediale Präsenz, andererseits auf ihren Bezug zur Lebenswelt der Inhaftierten zurückzuführen. Zwar kann allen genannten Themen ein persönlicher und politischer Charakter zugeschrieben werden, jedoch ist hier ein besonders starker persönlicher Bezug der Inhaftierten zu vermuten: Umweltschutz und Klimawandel als aktuell relevantes Thema der Jugend und Migration als Teil der persönlichen Erfahrung oder die der Mitgehaftlinge, mit denen die Befragten täglich in Kontakt sind.

Informationsquellen politischer Themen

Die Inhaftierten zeigen also durchaus Interesse an politischen Themen, wobei die Vermutung naheliegt, dass die Schwerpunktsetzung mit der medialen Präsenz bestimmter Themen zusammenhängt. Hierbei ist insbesondere das Fernsehen relevant, welches von 88 Prozent der Inhaftierten als Informations-

quelle genutzt wird. Dies kann ein Anknüpfungspunkt für die Vermittlung politischer Bildung sein, da auch die statistische Analyse einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Nutzung des Fernsehens als Informationsquelle und dem Interesse an Politik zeigt. Letzteres ist größer, wenn die Inhaftierten das Fernsehen als Informationsquelle nutzen, wobei ein generell größeres Interesse an Politik bei der Nutzung eines der abgefragten Informationsmedien (Zeitung, Radio, Fernsehen, Internet) festgestellt wurde. Der stärkste Zusammenhang zeigte sich jedoch beim Fernsehen.¹

Für Angebote der politischen Bildung in Haft wäre es ratsam, neben medial präsenten politischen Themen auch die persönlichen Themen aufzugreifen. Die Inhaftierten stellen bei der Frage »Was bedeutet politische Bildung für Sie?« auch einen Bezug zum eigenen Leben her (vgl. Tabelle 2). Hier wird politischer Bildung eine wichtige Bedeutung für das eigene Leben zugeschrieben: »Zukunft. Es ist sehr wichtig fürs erwachsen werden Politisch gebildet zu sein [sic!].«² Die Inhaftierten erkennen also durchaus, dass politische Bildung etwas mit Ihnen zu tun hat, wobei es ihnen schwer zu fallen scheint, Interesse dafür aufzubringen oder sich Wissen anzueignen. Aus der Auswertung der Daten geht aber auch hervor, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen Wissen und Interesse gibt: Ist das Interesse an Politik stärker, wird auch das selbst eingeschätzte Wissen über Politik größer. Umgekehrt gilt derselbe Zusammenhang.

Korrelation zwischen Wissen und Interesse an Politik

Partizipation an Politik

Einen weiteren wichtigen Bereich, den die Inhaftierten als politische Bildung definiert haben, stellt die Teilhabe an Politik und Gesellschaft dar, wobei insbesondere die Teilnahme an Wahlen genannt wurde.

Politische Partizipation

Abbildung 6 zeigt die Bereitschaft der Befragten an Parlamentswahlen oder an der Wahl der Gefangenenmitverantwortung teilzunehmen.

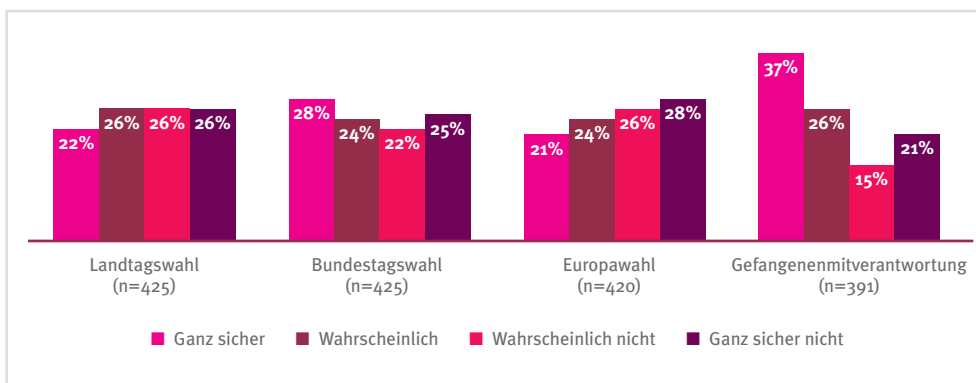


Abbildung 6: Bereitschaft an der Wahl zum Landtag, Bundestag, Europäischen Parlament und der Gefangenenmitverantwortung teilzunehmen (Differenz zu 100 Prozent kommt durch Rundungen zustande)

¹ Frage 3 des Fragebogens erhob die wesentlichen Informationsquellen über Politik.

² Fragebogen 329.

Ich habe auch eine
Meinung, auch wenn ihr
es nicht hören wollt!



Hinsichtlich der Beteiligung an Parlamentswahlen sind die Häufigkeiten relativ gleichmäßig verteilt. Auffällig ist jedoch die deutlich höhere Bereitschaft an der Wahl zur Gefangenenmitverantwortung teilzunehmen. Es ist anzunehmen, dass die Haftbedingungen einen einfacheren Zugang zur Wahl der Gefangenenmitverantwortung als zur Landtags-, Bundestags- oder Europawahl ermöglichen. So müssen beispielsweise Briefwahlunterlagen beantragt werden, was eine entscheidende Hürde darstellen kann. Auch Informationen, die zu den jeweiligen Wahlen vorliegen, können ausschlaggebend sein.

Die Bereitschaft die Gefangenenmitverantwortung zu wählen, ist höher als die Bereitschaft an Parlamentswahlen teilzunehmen

Zudem kann die geringe Bereitschaft zur Teilnahme an Parlamentswahlen darauf hinweisen, dass die Inhaftierten ihre Einflussmöglichkeiten auf das politische Geschehen und den Einfluss der Politik auf ihre Situation nicht erkennen. Die tatsächliche Beteiligung an den Wahlen konnte in der vorliegenden Studie lediglich in Sachsen erfragt werden. Hier kamen im Vorfeld der Landtagswahl 2019 43 Wahlbenachrichtigungskarten in der Jugendstrafanstalt an. 24 Jugendliche beantragten die Aushändigung der Wahlunterlagen und 17 haben sie zurückgegeben.¹

Die Korrelationen zwischen Landtags-, Bundestags- und Europawahl zeigen einen sehr starken positiven Zusammenhang. Auch der Zusammenhang für die Wahl zur Gefangenenmitverantwortung mit allen drei anderen Wahlen ist stark positiv. Für die Teilnahmebereitschaft an Wahlen gilt, wenn diese für eine der vier Wahlen steigt, dies auch für die anderen wahrscheinlicher wird. Mit Blick auf die genannten Ergebnisse über politisches Interesse und Wissen erscheint es sinnvoll, im Rahmen politischer Bildungsangebote eine aktuelle, medial präsente Wahl zum Ausgangspunkt zu nehmen, um Wissen zu vermitteln, was zu einem größeren Interesse führen und die Partizipationsbereitschaft steigern kann. Dabei könnten für die Inhaftierten in ihrer Haftsituation relevante Themen aufgegriffen werden, um zu verdeutlichen, welchen Einfluss das Ergebnis einer Wahl auf die Haftsituation oder das Leben der Inhaftierten nach der Entlassung haben kann.

Wenn das Interesse geweckt ist, an einer Wahl teilzunehmen, nimmt die allgemeine Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen zu

Einstellungen zur Politik

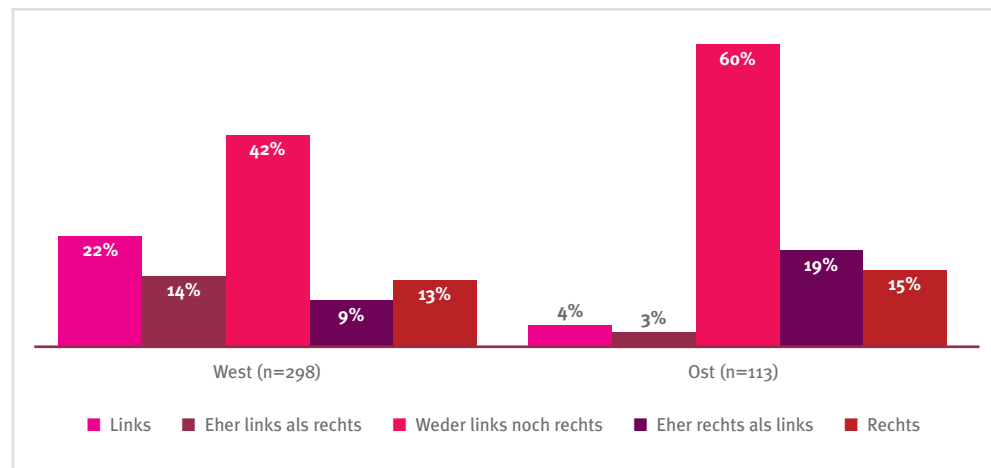
Ein Bereich, der von den Inhaftierten nicht explizit als Teil der politischen Bildung genannt wurde, diese aber dennoch betrifft, ist die politische Einstellung. Diese wurde in Form einer Skala zur Links-Rechts-Einstufung gemessen. Darüber hinaus wurden die Inhaftierten gefragt, was sie unter den linken oder rechten politischen Positionen verstehen.

Politische Einstellung

Abbildung 7 zeigt die Selbsteinstufung der Befragten auf der Links-Rechts-Skala.

¹ Nachfrage bei der JSA Regis-Breitingen.

Abbildung 7: Links-Rechts-Einstufung nach westdeutschen (inkl. Berlin) und ostdeutschen Bundesländern (Differenz zu 100 Prozent kommt durch Rundungen zustande)



Befragte aus westdeutschen Gefängnissen bilden das gesamte politische Spektrum ab

Betrachtet man die Verteilung der Antworten von Befragten aus den westdeutschen Bundesländern, zeigt sich, dass sich 36 Prozent im (eher) linken Spektrum verorten. Ähnlich stark fällt mit 42 Prozent die Einstufung in der politischen Mitte aus. Als rechts oder eher rechts schätzen sich 22 Prozent der Inhaftierten ein. Die Befragten aus den westdeutschen Bundesländern bilden damit das politische Spektrum in seiner Breite ab, wobei eine Tendenz zur Mitte bzw. linken Einstufung zu erkennen ist.

Befragte aus ostdeutschen Gefängnissen tendieren eher zu rechten Einstellungen

Die Verteilung der Antworten von Inhaftierten aus den ostdeutschen Bundesländern zeigt hingegen ein weniger differenziertes Bild. Die Mehrheit stuft sich in der politischen Mitte ein (60 Prozent). Im Vergleich der linken (7 Prozent) und rechten (34 Prozent) Einstellungen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zu den westdeutschen Bundesländern – mit Tendenz zu rechten Einstellungen. Allerdings fällt auch auf, dass die Einstufung in der politischen Mitte stark überwiegt.

Die Definition linker oder rechter Einstellungen lässt einen breiten Interpretationsspielraum. Die Inhaftierten wurden deshalb mithilfe einer offenen Frage ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten zur Definition beider politischer Spektren befragt.

In *Tabelle 3* werden die Definitionen der Befragten für linke und rechte Einstellungen dargestellt.

Tabelle 3: Die fünf am häufigsten genannten Definitionen für Links und Rechts (Mehrfachnennungen, Angaben in Prozent der Fälle)

Links (n=411)	Rechts (n=504)
Für Migration (28%)	Gegen Migration (36%)
Parteien wie Die Linke, B'90/Grüne, SPD (13%)	Fokus auf Deutschland und Deutsche (22%)
Sozial und gerecht (11%)	Parteien wie NPD, AfD, CDU/CSU (17%)
Sozialismus/Kommunismus (10%)	Nazis (15%)
Gegen rechts (9%)	Radikal (15%)

Beide politische Spektren werden am häufigsten anhand ihrer Positionierung zur Migration definiert. Hierbei lassen sich erneut die Aktualität und der Lebensweltbezug des Themas als Grundlage vermuten. Als linke Parteien werden in erster Linie Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie die SPD angegeben. Das rechte Spektrum wird von den Inhaftierten dagegen mit Parteien wie der AfD und NPD, teilweise auch der CDU/CSU in Verbindung gebracht. Darüber hinaus bekommt das linke Spektrum von den Inhaftierten Attribute wie sozial und gerecht zugeschrieben. Rechte politische Positionen werden häufig mit Radikalität in Verbindung gebracht.

Die Aufschlüsselung der fünf am häufigsten genannten Definitionen für linke (Abbildung 8) und rechte (Abbildung 9) Positionen zeigt, dass die politische Mitte maßgeblich die Schwerpunkte setzt. Ausnahmen hierfür sind die Beschreibung linker Positionen als »sozial und gerecht« durch Inhaftierte, die sich selbst als links eingestuft haben sowie der »Fokus auf Deutschland und Deutsche« als Definition rechter Positionen, welche durch Inhaftierte aller Einstufungen gleichermaßen benannt wurde.

Migrationspolitik dient häufig der Unterscheidung von linken und rechten Positionen

Die politische Mitte definiert, was »Links« und »Rechts« ist

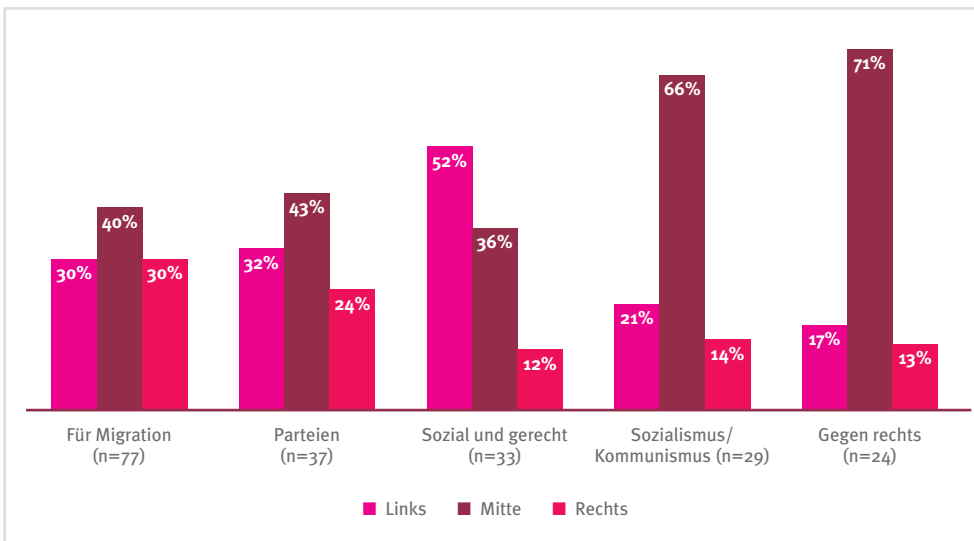


Abbildung 8: Die fünf häufigsten Definitionen von »Links« nach Einstellung (Differenz zu 100 Prozent kommt durch Rundungen zustande)

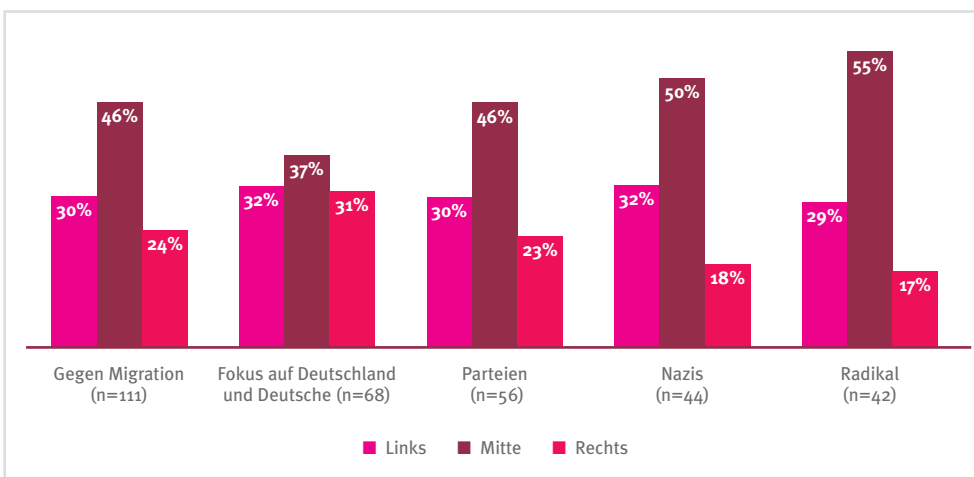


Abbildung 9: Die fünf häufigsten Definitionen von »Rechts« nach Einstellung (Differenz zu 100 Prozent kommt durch Rundungen zustande)

Zusammenfassung der quantitativen Befragung der jugendlichen Inhaftierten

Zusammenfassung der Befragung

Politische Bildung wird von den Inhaftierten mehrheitlich als kognitive Dimension beschrieben. Sie wird definiert als Kenntnis des aktuellen politischen Geschehens sowie als Wissen über das politische System, Parteien oder Politiker*innen. Diese Definition politischer Bildung muss berücksichtigt werden, wenn die Inhaftierten ihr Wissen über Politik als gering einschätzen. Der Vergleich der ostdeutschen und westdeutschen Bundesländer zeigt kaum Unterschiede. Leichte Differenzen lassen sich beim Interesse feststellen: Inhaftierte aus den ostdeutschen Bundesländern schätzen sich tendenziell als weniger interessiert ein. Die Analyse der Links-Rechts-Einstufung macht deutlich, dass in den westdeutschen Bundesländern linke Einstellungen und die politische Mitte überwiegen. In den ostdeutschen Bundesländern finden sich kaum linke Einstellungen, dafür aber vor allem Zuordnungen zur politischen Mitte, wobei auch rechte Einstellungen im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern häufiger angegeben werden.

In Hinblick auf die Parlamentswahlen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sind hinsichtlich der Bereitschaft zur Teilnahme an den Wahlen kaum Unterschiede festzustellen. Nur etwa die Hälfte der Befragten lässt eine Bereitschaft zur Beteiligung an den jeweiligen Wahlen erkennen. Gegenüber der Wahl der Gefangenenmitverantwortung gibt es eine deutlich höhere Teilnahmebereitschaft: Etwa zwei Drittel der Befragten geben an, ganz sicher oder wahrscheinlich an so einer Wahl teilzunehmen. Dies kann zum einen auf die Niedrigschwelligkeit zurückgeführt werden, da die Hürde der Beantragung von Briefwahlunterlagen wegfällt. Zum anderen befindet sich die Wahl zur Gefangenenmitverantwortung nah an der Lebenswelt der Inhaftierten, da der gewählte Vertreter einen Einfluss auf die Haftsituation haben kann.

Die Relevanz des Lebensweltbezugs für die politische Bildung in Haft zeigen die von den Inhaftierten als bedeutsam eingeschätzten Themen. Diese betreffen in erster Linie ihre Haftsituation sowie ihre Zukunft. Dezidiert politischen Themen wie Migration oder Klimawandel kann ebenfalls ein Bezug zur Lebenswelt zugesprochen werden.

ÜBERSICHT ÜBER ANGEBOTE POLITISCHER BILDUNG IN HAFT

Die folgende Übersicht verzeichnet Angebote der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug, die in Interviews genannt oder durch Fachtage, Workshops und Veröffentlichungen bekannt wurden. Die Übersicht listet sie ohne Anspruch auf Vollständigkeit nach Bundesland auf (Durchführungsorte der jeweiligen Projekte). Nicht verzeichnet sind die zahlreichen, teilweise auf Landesebene organisierten Aussteigerprogramme. Bundesweite Angebote sind gesondert aufgeführt.

Baden-Württemberg		
Violence Prevention Network e.V. (VPN), Beratungsstelle Baden-Württemberg	Workshop-Reihe im Justizvollzug für junge radikalierungsanfällige Inhaftierte	Reinsburgstr. 4, 70178 Stuttgart Tel.: 0711 21 95 62 63 bw@violence-prevention-network.de www.beratungsstelle-baden-wuerttemberg.de
JVA Adelsheim Projekt: just community	Demokratisches Gemeinschaftsprojekt	Dr. Traugott-Bender-Str. 2, 74740 Adelsheim
Bayern		
Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention – MIND prevention Projekt: ReStart	Prävention gegen jihadistischen sowie salafistischen Extremismus und Antisemitismus	Berliner Str. 45, 14169 Berlin Tel.: 030 863 169 51 www.mind-prevention.com
ueTheater	Mobiles Schultheater Themen: Gewalt, Mobbing, Schulden, Rechtsextremismus, Toleranz und Menschenrechte	Erikaweg 13, 93053 Regensburg Tel.: 0941 700 299 kurt.raster@uetheater.de www.uetheater.de
Replay Theater e.V.	Mobiles Theater für Schüler*innen mit Themenschwerpunkten Gewalt, Mobbing, Schulden, Rechtsextremismus, Toleranz und Menschenrechte sowie projektbezogenen Workshops	Pognerstr. 25, 81379 München Tel.: 0170 2016928 info@replay-theater.de www.replay-theater.de
Violence Prevention Network e.V., Beratungsstelle Bayern Projekt: DERAD Bayern	Mobile Maßnahmen zur Beratung und Deradikalisierung im Strafvollzug und Bewährungshilfe	Schillerstr. 27, 80336 München Tel.: 089 416 11 77 10 bayern@violence-prevention-network.de www.violence-prevention-network.de/angebote/trainings-in-haft
Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/-Islamismus in Justizvollzugsanstalten des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz	Extremismusprävention und Deradikalisierung bei muslimischem Extremismus	Prielmayerstr. 7, 80335 München Abteilung F – Justizvollzug Referat F7 – Extremismusbekämpfung im Strafvollzug Tel.: 089 5597 01 (Vermittlung) poststelle@stmj.bayern.de www.justiz.bayern.de/justizvollzug/extremismusbekaempfung

Power for Peace e.V. Projekt: Change	Prävention und Deradikalisierung (Zielgruppe: ideologisch gefährdete Jungen und junge Männer)	Ludwig-Behr-Str. 9, 82327 Tutzing Tel.: 08158 993 872 info@powerforpeace.de www.powerforpeace.de/Programme/ Change
Berlin		
MBT Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung	Demokratiebildung	Stiftung SPI Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung Samariterstr. 19-20, 10247 Berlin mbtberlin@stiftung-spi.de www.mbt-berlin.de
Fachstelle Extremismus und Psychologie, Psychologisch- therapeutisches Netzwerk Projekt: Nexus	Fallbegleitende Beratung und Super- vision	SFGM GmbH Babostrasse 3, 69469 Weinheim Tel.: 06201 25 59 661 fgm-ev@t-online.de
Iuvenes e.V. – Soziale Arbeit und Beratung	SportGeschichten – niedrigschwellige politische Bildung	Laden für Demokratie und Vielfalt Ramlerstr. 27, 13355 Berlin Tel.: 030 47 59 56 41 post@iuvenes.eu www.iuvenes.eu
Denkzeit-Gesellschaft e.V. (mit: VPN, Denkzeit-Gesellschaft, For- schungsgruppe Modellprojekte e.V./ Nexus) Projekt: JUST X Berlin	Prävention und Deradikalisierung	Goebenstr. 24, 10783 Berlin Projektleitung: Mona Kebe Tel.: 030 689 15 666 kebe@denkzeit.com www.denkzeit.info/deradikalisierung/ verbundprojekt-just-x-berlin
Become – Coaching – Mediation	Mediationsausbildung	Krumme Straße 64, 10627 Berlin Tel.: 030 893 18 40 info@become-berlin.de www.become-berlin.de
Gangway e.V. Projekt: Startpunkt	Übergangsmangement (Schule, Aus- bildung, Arbeit, Wohnen, Leistungs- bezug, Finanzen), Suchtberatung, aus- länderrechtliche Fragen	Schumannstr. 6, 10117 Berlin Tel.: 030 283 02 30 info@gangway.de www.gangway.de/team/haft-und- arrest/startpunkt-uebergangsbeglei- tung-aus-der-haft-2
Brandenburg		
Denkzeit-Gesellschaft e.V. Projekt: Denkzeit – JVA	Stärkung sozialkognitiver Fähigkeiten	Goebenstr. 24, 10783 Berlin Tel.: 030 689 15 666 info@denkzeit.com www.denkzeit.info/ trainingsprogramme/denkzeit-jva
Cultures Interactive e.V. (mit: VPN) Projekt: Exchange Brandenburg	Prävention und Deradikalisierung	Mainzer Str. 11, 12053 Berlin Helmut Heitmann Tel.: 030 604 019 50 namteih@aol.com http://cultures- interactive.de/de/exchange- brandenburg.html
Bremen		
Hoppenbank e.V., Projekt: step by step	Stärkung der Sozialkompetenzen	Am Fuchsberg 3, 28239 Bremen Tel.: 0421 361 173 42 arbeitstherapie.stepbystep@jva. bremen.de www.hoppenbankonlinehome.de www.hoppenbank.info

Praksys Bremen	Gewaltprävention	Breitenweg 32, 28195 Bremen kontakt@praksys--bremen.de
Mauern öffnen e.V.	Bildhauerwerkstatt in der JVA, Arbeit mit Ton /Keramik – Kooperation mit Künstler*innen – Integration der Inhaftierten, Stärkung der Sozialkompetenzen	Sonnemannstr. 6, 28239 Bremen mauern.oeffnen.vorstand@nord-com.net
Ambulante Maßnahmen Altona e.V. (AMA) Projekt: Legato Bremen KuBiBe	Systemische Ausstiegsberatung, Deradikalisierung, religiös begründete Radikalisierung	Museumstr. 18, 22765 Hamburg info@amaev.de
Hamburg		
Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung (mit: AMA / Vereinigung Pestalozzi gem.GmbH) Projekt: Legato	Systemische Ausstiegsberatung, Islamismusprävention	Tel.: 040 38 90 29 52 beratung@legato-hamburg.de https://legato-hamburg.de
Hessen		
Ikarus	Ausstiegsbetreuung	Hölderlinstr. 1-5, 65187 Wiesbaden Tel.: 0611 83 57 57 ikarus.wbn@t-online.de www.ikarus-hessen.de
Justizministerium Hessen Projekt: NeDiS	Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen in hessischen Justizvollzugsanstalten	Luisenstr. 13, 65185 Wiesbaden
Violence Prevention Network e.V. Beratungsstelle Hessen (mit: St. Elisabeth-Verein e.V./ Rote Linie, Förderverein JVA Holzstr.) Projekt: KOGEX	Politische Bildung zu Islam und Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Extremismus, Fortbildungen für Fachkräfte	Leipziger Str. 67, 60487 Frankfurt/Main Projektleitung: Thomas Mücke Tel.: 069 138 22 686 hessen@violence-prevention-network.de www.beratungsstelle-hessen.de
Förderverein JVA Holzstraße e.V.	Theater- und Mentorenprojekte, Themenschwerpunkte: Extremismus, Radikalisierung, Chauvinismus	Holzstr. 29, 65197 Wiesbaden Tel.: 0611 414 31 23 theatre@foerderverein-jva-holzstr..de www.foerderverein-jva-holzstrasse.de
Mecklenburg-Vorpommern		
CJD Nord, Projekt: PräRadex	Prävention und Deradikalisierung, Schulungen und Coachings für Fachkräfte	Siegfried-Marcus-Str. 20, 17192 Waren (Müritz) Tel.: 03991 6698855
Niedersachsen		
Violence Prevention Network e.V. Projekt: Fokus ISLEX	Prävention und Deradikalisierung	Ferdinandstr. 3, 30175 Hannover Tel.: 0511 48 97 97 89 hannover@violence-prevention-network.de
Klimaschutzagentur Weserbergland gemeinnützige GmbH, KliMotion – Lokalgruppe Hameln –	Engagement von Jugendlichen für regionalen Klimaschutz – Workshops	Hefehof 8, 31785 Hameln Tel.: 05151 95788-0 info@klimaschutzagentur.org
Nordrhein-Westfalen		
Bergische Universität Wuppertal Projekt: Musikpädagogisches Handeln in der Schule JVA Ronsdorf	Soziale Fähigkeiten entwickeln Eigene Stärken erkennen Musikprojekt	Gaußstr. 20, 42119 Wuppertal Projektleitung: Dr. phil. Annette Ziegenmeyer Tel.: 0202 439 2387 ziegenmeyer@uni-wuppertal.de

Treibkraft.Theater GbR	Theateraufführungen	Arminstr. 18, 59071 Hamm post@treibkraft-theater.de www.treibkraft-theater.de/
Exit – Enter Life e.V.	Sozialtraining	Postfach 520131, 50950 Köln info@exit-enterlife.de www.exit-enterlife.de/
First Togetherness – by Christoph Rickels	Gewaltprävention	Hauskamp 2, 26446 Friedeburg Tel.: 0173 42 38 269 info@first-togetherness.com www.first-togetherness.com
IFAK e.V. Projekt: Re:Vision	Prävention und Deradikalisierung, Schwerpunkt: religiöse Radikalisierung	Engelsburger Str. 168, 44793 Bochum Tel.: 02346 7221 ifak@ifak-bochum.de www.ifak-bochum.de
Haus Neuland e.V. Projekt: Jugend, Medien, Partizipation – JuMP	Medienkompetenz	Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld Tel.: 05205 9126 0 info@haus-neuland.de www.jump-nrw.de/home.html
Bildungswerk Stenden – Neue Gesellschaft Niederrhein e.V. Projekt: Politische Bildung für Strafgefangene	Politisch und gesellschaftlich relevante Themen; Förderung der eigenständigen politischen Meinungsbildung; Teilhabe und (Re)Integration in die Gesellschaft; Demokratisches Grundwissen zum Leben in Deutschland; Landespolitik NRW; Bundes- und Europapolitik	Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf Tel.: 0211 862 82 6 10 info@bildungswerk-stenden.de www.bildungswerk-stenden.de
Kreis 74 e.V.	Gewaltprävention; Täter-Opfer-Ausgleich	Teutoburger Str. 106, 33607 Bielefeld Tel.: 0521 557 37 8 11 info@kreis74.de www.kreis74.de
Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen Justizkommunikation Projekt: Podk Nast	Präventionsprojekt, Inhaftierte erlernen den Umgang mit Medien, erlernen verschiedener Techniken – Erstellen vom Videopodcasts, Inhalte und Themen werden mit den Inhaftierten gemeinsam erarbeitet	Martin-Luther-Platz 40, 40212 Düsseldorf Projektleitung: Hans-Joachim Klein justiz-online@jm.nrw.de www.podk Nast.de
Rheinland-Pfalz		
Internationaler Bund (IB) Südwest Projekt: Herausforderung Demokratie	Prävention und Deradikalisierung	Erthalstr. 2, 55118 Mainz Tel.: 06131 67 27 92 www.internationaler-bund.de
bfw – Unternehmen für Bildung Projekt: Babe	Berufsbezogenes Bildungs- und Coachingangebot – Schulung von Kommunikationsfähigkeiten, Durchhaltevermögen, Umgang mit Texten und Medien	Rudolf-Diesel-Str. 15, 67105 Schifferstadt Tel.: 06235 499 17 23 seiller.ira@bfw.de
Saarland		
Yallah Saar, Fachstelle Antidiskriminierung & Diversity Saar	Gruppenangebote; Trainings und Einzelangebote im Vollzug; Rapprojekt; Theatergruppe	Saaruferstr. 16, 66117 Saarbrücken Tel.: 0681 5867 708 info@salafismuspraevention-saar.de www.salafismuspraevention-saar.de
Fitt gGmbH – htw Saar	Radikalisierungsprävention	Saaruferstr. 16, 66117 Saarbrücken Tel.: 0681 585040 fit@fitt.de www.forschung-fuer-das-saarland.de
Katholische Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis e.V.	Coolness- und Antiaggressionstrainings	Oswald-von-Nell-Breuning-Haus, Friedrich-Ebert-Str. 14, 66763 Dillingen Tel.: 06831 76 02 0

Sachsen		
Violence Prevention Network e.V. (mit: APRO Sachsen, Outlaw gGmbH) Projekt: Prisma Sachsen / FAIR [Stärken]	Deradikalisierung: Gruppenarbeit und Einzeltrainings mit Inhaftierten; Fortbildungen für Fachkräfte: Themenschwerpunkte: Vorurteile, Rechtsextremismus, Islam und Islamismus	Alt-Moabit 73, 10555 Berlin Tel.: 030 91 70 54 64 Projektleitung: Peter Anhalt peter.anhalt@violence-prevention-network.de www.violence-prevention-network.de/ angebote/projektuebersicht/ radikalisierungspraevention-und-deradikalisierung-in-strafvollzug-und-bewaehrungshilfe/sachsen
Outlaw gGmbH Projekt: Musik und Farbe hinter Gittern	Prävention und Deradikalisierung; Gruppentrainings	Bahnhofstr. 39, 01587 Riesa Tel.: 03525 73 70 90 MF.Riesa@outlaw-ggmbh.de www.outlaw-ggmbh.de/klinke-projekt-fuer-straftaelligenhilfe-mf
Sachsen-Anhalt		
Miteinander e.V. (mit: Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V.) Projekte: Frei(T)Räume Erleben; Raus-Wege	Prävention und Deradikalisierung; Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter Positionen	Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg Tel.: 0391 62077-3 net.gs@miteinander-ev.de www.miteinander-ev.de
Hochschule Merseburg Projekt: Familienorientierung in Haft	Prävention; Unterstützung bei der Wiedereingliederung	Eberhard-Leibnitz-Str. 2, 06217 Merseburg Projektleitung: Prof. Dr. Jens Borchert Tel.: 03461 46 22 45 jens.borchert@hs-merseburg.de
Schleswig-Holstein		
Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein (mit: KAST GbR) Projekt: Kick-off	Prävention und Deradikalisierung (Islamismus und Rechtsextremismus); Fortbildungen, Einzelbetreuung	Elisabethstr. 59, 24143 Kiel Tel.: 0431 7 61 14 und 7 61 15 provention@tgsh.de www.provention.tgsh.de/kick-off-justiz
Thüringen		
Drudel 11 e.V. (mit: VPN)	Prävention und Deradikalisierung (Rechtsextremismus und Islamismus)	Camburger Str. 65, 07743 Jena Tel.: 03641 357 80 5 info@drudel11.de www.drudel11.de
Bundesweit		
Anne Frank Zentrum Projekt: Wanderausstellung zur Lebensgeschichte Anne Franks	Peer Guide Education, Prävention von Antisemitismus, Zivilgesellschaft stärken	Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin Projektleitung: Roman Guski Tel.: 030 288 86 56 34 guski@annefrank.de www.annefrank.de
Sepp-Herberger-Stiftung Projekt: Anstoß für ein neues Leben	Sport, Fußball Resozialisierung	Sövener Str. 50, 53773 Hennef Tel.: 02242 918 85 0 info@sepp-herberger.de www.sepp-herberger.de
Institut für genderreflektierte Gewaltprävention Projekt: Präfix R [auch in Brandenburg tätig]	Biographiearbeit, Vätercoaching, Männlichkeit	Osloer Str. 12, 13359 Berlin Tel.: 030 747 73 117 mail@ifgg-berlin.de www.ifgg-berlin.de
Theater Scheselong Projekte: UnterMenschen, Hallo Nazi, Anne Frank	Theateraufführung mit anschließendem Workshop	Herderstrasse 8, 10625 Berlin Tel.: 030 394 22 23 theaterscheselong@arcor.de www.theater-scheselong.de

EXIT-Deutschland	Beratung und Begleitung von Ausstieg aus dem Rechtsextremismus, Filmprojekte	Postfach 76 01 12, 10382 Berlin Tel: 030 234 89 328 info@exit-deutschland.de www.exit-deutschland.de
Beratungsstelle HAYAT ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	Beratung und Coaching hinsichtlich religiöser Radikalisierung	Ebertystr. 46, 10249 Berlin Tel.: 030 420 18 042 info@hayat-deutschland.de www.hayat-deutschland.de
Bundesarbeitsgemeinschaft Religiös begründeter Extremismus e.V. (BAG Relex)	Fach austausch zum Thema religiös begründeter Extremismus	Luisenstr. 41, 10117 Berlin Tel.: 030 921 26 289 info@bag-relex.de www.bag-relex.de
Violence Prevention Network e.V.	Deradikalisierung im Strafvollzug – Früherkennung und Diagnostik von Radikalisierung – Präventionsworkshops und Einzelcoaching	Alt-Moabit 73, 10555 Berlin Tel.: 030 917 05 464 post@violence-prevention-network.de www.violence-prevention-network.de
Gefangene helfen Jugendlichen e.V. (in HH, B, NI, NRW)	Interaktions- und Präventionsarbeit – Angebote richten sich an bereits straffällige Jugendliche, Peer Education	Wandsbeker Königstr. 50, 22041 Hamburg Tel.: 040 386 14 390 info@gefangene-helfen-jugendlichen.de www.gefangene-helfen-jugendlichen.de



BEDARFE DER POLITISCHEN BILDUNG IM STRAFVOLLZUG

Ein zentrales Anliegen der Studie war es, Leerstellen und Bedarfe der politischen Bildung im Strafvollzug zu identifizieren. Wünsche und Bedarfe, die in den Befragungen deutlich wurden, werden getrennt nach externen politischen Bildner*innen und Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug vorgestellt.

■ BEDARFE DER MITARBEITER*INNEN IM STRAFVOLLZUG

Die Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug haben sich teilweise dafür ausgesprochen, die politische Bildung anstaltsintern zu professionalisieren, etwa indem in Justizvollzugsanstalten spezielle Fachstellen geschaffen werden. Diese Stellen sollten mit entsprechend ausgebildeten Personen besetzt werden. Ein weiterer Wunsch ist die generelle Ausweitung von Angeboten politischer Bildung in Haft. Dabei sollten auch »thematische Risiken« eingegangen werden, also Themen angesprochen werden, die kontrovers sind und Hintergrundwissen verlangen.

Gewünscht wird insbesondere:

- Angemessene Lernmaterialien für Inhaftierte, die sich sprachlich und thematisch an der Situation von Jugendlichen in Haft und ihren Lebenswelten orientieren
- Demokratie sollte im Strafvollzug gelernt und gelebt werden, etwa durch Möglichkeiten der Selbstorganisation und des persönlichen Engagements sowie durch Mitbestimmung an vollzuglichen Entscheidungen
- Ein Überblick über existierende Angebote und Materialien zur politischen Bildung
- Hintergrundwissen zu komplexen politischen Ereignissen, auch um den Aufbau pädagogischer Beziehungen zu fördern (als Themen genannt wurden internationale Konflikte wie der Nahost-Konflikt und der syrische Bürgerkrieg, Verschwörungstheorien und Fragen des Asylrechts)
- Spezielle Fortbildungen und Schulungen für Lehrpersonal und Bedienstete, insbesondere Trainings zum Umgang mit Rechtsextremismus (Symbole, Argumente, Strategien)

■ BEDARFE DER EXTERNEN POLITISCHEN BILDNER*INNEN

Die Aussagen der befragten externen Akteur*innen zeigen durchgehend den Wunsch nach mehr politischer Bildung. In den formalen Angeboten kann dies durch eine Ausweitung der Stundentafel geschehen oder auch durch ein spezielles Fach Politik. Zudem wurde mehrfach genannt, dass es an passgenauen Materialien für junge Inhaftierte fehle. Vorhandene Lehrbücher und pädagogische Materialien seien häufig zu kompliziert und abstrakt oder aber zu sehr auf jüngere Kinder orientiert. Zudem richteten die externen Mitarbeiter*innen den Blick auf notwendige Präventionsmaßnahmen vor und nach der Haft. Bereits in den Schulen müssten soziale und kulturelle Strukturen geschaffen werden, die einer Inhaftierung vorbeugen. Nach der Haft seien Anlaufstellen nötig, die ohne Stigmatisierung der Entlassenen Anknüpfungspunkte an Projekte politischer Bildung bieten.

Gewünscht wird insbesondere:

- Bessere Zusammenarbeit mit Mitarbeiter*innen im Jugendstrafvollzug, wobei auf spezielle »Schlüsselpersonen« verwiesen wurde, die häufig als konkrete Ansprechpartner*innen dienen
- Materialien in einer verständlichen barrierefreien Sprache, die der Institution Gefängnis angemessen sind und die Spezifik des Einsperrseins berücksichtigen
- Fortbildungen und Schulungen für Mitarbeiter*innen zu Themen wie Rechtsextremismus und Islamismus in Haft sowie zur Deradikalisierung (zum Beispiel: Rassismus in der Alltagssprache, Neue Rechte und Rechtsextremismus, Antisemitismus, Männlichkeitsbilder und Geschlechterrollen)
- Finanzielle Planungssicherheit zur Durchführung der Projekte, um langfristige Kooperationen einzugehen und bewährte Angebote dauerhaft zu gewährleisten



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

» Kooperation zwischen internen und externen Akteur*innen intensivieren

Politische Bildung findet im Jugendstrafvollzug in verschiedenen Formaten statt. Längerfristig angelegte schulische und berufliche Maßnahmen sollten enger mit externen projektbezogenen Angeboten verzahnt werden, um Kontinuität, Innovation und Austausch zu fördern. Die internen schulischen Maßnahmen können von den externen Projekten vor allem Know-how auf der Handlungsebene adaptieren (Methodenkompetenz). Zudem sollten Projekte stärker in formale Angebote integriert und weiter bearbeitet werden, um nachhaltig zu wirken.

» Fachstellen für politische Bildung einrichten

Sinnvoll erscheint es, hauptamtliche Ansprechpartner*innen in den Anstalten einzusetzen, die möglichst ausgewiesene Kenntnisse auf dem Gebiet der politischen Bildung oder Politikdidaktik besitzen. Zielstellung ist die Koordination der Angebote und der Zusammenarbeit, die Fortbildung der Mitarbeiter*innen und die Mitwirkung bei der Organisation von Bildungsprojekten. Zudem kann die Fachstelle mit Aufgaben der Prävention und Deradikalisierung betraut werden.

» Koordinierte, trägerübergreifende Öffentlichkeitsarbeit schaffen

Die vielfältigen Angebote und ihre jeweilige methodische Ausrichtung und Zielsetzung sollten gesammelt und den Justizvollzugsanstalten beispielsweise in Form einer Datenbank zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Datenbank sollte konkrete Anforderungen, Fördermöglichkeiten und Ansprechpartner*innen enthalten. Auch trägerübergreifende Veranstaltungen und Veröffentlichungen tragen dazu bei, die Angebote politischer Bildung im Strafvollzug bekannter zu machen und Zugänge zu erleichtern.

» Spezifische, zielgruppengerechte Bildungsmaterialien entwickeln

Im Vollzug sollte politische Bildung medial angemessen vermittelt werden. Bestehende Lehrwerke sind häufig auf einem (zu) hohen Abstraktionsniveau oder inhaltlich sehr weit von den Problemlagen der Jugendlichen entfernt. Es gibt einen Bedarf an Unterrichtsmaterialien, die Inhalte politischer Bildung altersentsprechend aufbereiten, die spezifische Situation im Vollzug berücksichtigen und sich an der Lebenswelt junger Menschen in Haft orientieren.

» Externe Angebote evaluieren und verstetigen

Die Angebote sind während des Verlaufs und im Nachgang mit geeigneten Methoden zu evaluieren. Ziel sollte sein, eine Nachhaltigkeit politischer Bildung zu erreichen. Erste Evaluationen von Modellprojekten sind in jüngster Vergangenheit erfolgt. Hierzu sollten externe Akteur*innen wie Kriminologische Dienste oder Forschungsinstitute in Zusammenarbeit mit den Projektträgern geeignete Evaluationsinstrumente entwickeln. Projekte der politischen Bildung sollten nach positiver Evaluation weiterentwickelt und verstetigt werden.

» Fachaustausch und Netzwerkarbeit der Bildungsträger fördern

Durch die Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen im Rahmen von Netzwerken, Arbeitsgemeinschaften oder Verbänden können die Konzeptionen stetig den sich wandelnden Herausforderungen angepasst werden. Dabei kann auf Erfahrungen bereits bestehender Verbände wie der BAG ReLEX, der BAG der Lehrerinnen und Lehrer im Justizvollzug und der AG Strafvollzug im Bundesprogramm »Demokratie leben!« zurückgegriffen werden. Die Netzwerke sollten den Akteur*innen unabhängig von Förderprogrammen offen stehen.

» Politische Bildung als vollzugliche Maßnahme implementieren

Die politische Bildung in Haft korrespondiert eng mit allgemeinen Vollzugszielen. Das Leben in sozialer Verantwortung und ohne Straftaten setzt voraus, dass die Jugendlichen künftig die Interessen und Bedürfnisse anderer Menschen anerkennen und respektieren. Das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Resozialisierung erfordert ein regelmäßiges Aushandeln der Prioritäten. Dementsprechend muss regelmäßig neu geprüft werden, inwieweit den Gefangenen Beteiligungsrechte übertragen werden können, beispielsweise bei der Ausgestaltung des Vollzugsalltags und Mitsprache bei der Verfügung über Zeit und Raum.

» Fort- und Weiterbildungsangebote für Bedienstete schaffen

Ein erheblicher Teil von Inhaftierten zeigt relativ offen (auch in dieser Studie) rechtsextreme, islamistische und menschenverachtende Einstellungen. Diese zu erkennen und auf geeignete Art und Weise zu reagieren, ist eine Gesamtaufgabe für den Vollzug. Hierzu müssen Bedienstete sensibilisiert werden, um die sich häufig schnell weiterentwickelnden Symboliken, sprachlichen Codes und Vernetzungsangebote zu erkennen und zu intervenieren. Alle Bediensteten, insbesondere Mitarbeiter*innen in pädagogischen Arbeitsfeldern, benötigen Unterstützung bei der Argumentation gegen menschenverachtende Ideologien und Ansichten. Die Expertise externer Träger sollte für die Fort- und Weiterbildung von Bediensteten genutzt werden.

» Lebensweltbezug und Alltagswissen der Inhaftierten nutzen

Die Jugendstrafgefangenen geben häufig an, nur ein geringes Wissen über Politik zu besitzen, sind jedoch gegenüber vielen Bereichen politischer Bildung aufgeschlossen. Wenn ihre subjektiven Erfahrungen aufgegriffen werden, ist eine hohe Bereitschaft der Jugendlichen zu beobachten, sich zu öffnen. Hierbei erweisen sich Themen von Interesse, die neben dem Lebensweltbezug auch eine mediale Präsenz haben. Dazu zählen etwa »Migration«, »Klima- und Umweltschutz«, der »Brexit« oder internationale Konflikte wie der »Nahost-Konflikt«, der »Bürgerkrieg in Syrien« oder der »Konflikt zwischen den USA und dem Iran«.

» Verschiedene Lernwelten mitdenken und verknüpfen

Politische Bildung in Haft muss die gesamte Persönlichkeit ansprechen. Hierzu eignen sich besonders kreative Methoden und Peer Education Ansätze, die über die reine Wissensvermittlung hinausgehen. Die Angebote sollten kognitive und affektive Zugänge vermitteln und sowohl formale und non-formale als auch informelle Lernräume in den Blick nehmen. Schulische Bildung, Projekte, Medienangebote und andere Formen des Lernens können in einer konzeptionellen Ausgestaltung des Jugendvollzuges miteinander verbunden werden. Es bedarf eines intensiven Austauschs und einer Kenntnisnahme der jeweils stattfindenden Angebote in Haft.

ANHANG

Literatur und Quellen

- Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019):** Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Berlin.
- Ahmed, Sarina (2012):** Bedarf. In: Thole, Werner/Höblich, Davina/Ahmed, Sarina [Hrsg.]: Taschenwörterbuch Soziale Arbeit. Stuttgart, S. 32
- Balzter, Nadine/Ristau, Yan/Schröder, Achim (2015):** Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts.
- Bierschwale, Peter (2001):** Wohin treibt es den Justizvollzug? In: Bundesarbeitsgemeinschaft der Lehrer im Justizvollzug [Hrsg.]: Justizvollzug und Pädagogik. Herbolzheim, S. 106-132.
- Borchert, Jens (2016):** Pädagogik im Strafvollzug. Weinheim.
- Borchert, Jens/Böttcher, Sabine/Schweder, Marcel (2011):** Berufliche Bildungsmaßnahmen im Jugendstrafvollzug. In: Baabe-Meijer, Sabine et al. [Hrsg.]: Übergänge in der beruflichen Bildung gestalten. Norderstedt, S. 261-282.
- Drinck, Barbara (2010):** Erziehungstheorien und ihr geschichtlicher Diskurs. In: Hörner, Wolfgang/Drinck, Barbara/Jobst, Solveig [Hrsg.]: Bildung, Erziehung, Sozialisation. Stuttgart, S.95.
- Glaser, Andreas (2018):** Politische Bildung und politische Rechte: Wechselbeziehungen aus staatsrechtlicher Sicht. In: Ziegler, Béatrice et al. [Hrsg.]: Politische Bildung in der Demokratie. Wiesbaden. S. 17-36.
- Goffman, Erving (1973):** Asyle. Frankfurt am Main.
- Hörner, Wolfgang/Drinck, Barbara/Jobst, Solveig [Hrsg.] (2010):** Bildung, Erziehung, Sozialisation. Stuttgart.
- Hoffmann, Annika/Illgner, Christian/Leuschner, Fredericke/Rettenberger, Martin (2017):** Extremismus und Justizvollzug. Wiesbaden.
- Kohl, Wiebke/Calmbach, Marc (2012):** Unsichtbares Politikprogramm? Lebenswelten und politisches Interesse von »bildungsfernen« Jugendlichen. In: Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank [Hrsg.]: Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen. Schwalbach/Ts., S. 17-26.
- Kohl, Wiebke/Seibring, Anne [Hrsg.] (2012):** »Unsichtbares« Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von »bildungsfernen« Jugendlichen. Bonn.
- Lange, Dirk/Onken, Holger/Korn, Tobias (2013):** Politikunterricht im Fokus. Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen. Bonn.
- Mayring, Philipp (2000):** Qualitative Sozialforschung. In: Forum Qualitative Sozialforschung 1 (2), Art. 20: <https://nbn-resolving.org/html/urn:nbn:de:0114-fqs0002204> [12.08.2019].
- Neundorf, Anja/Niemi, Richard G./Smets, Kaat (2016):** The Compensation Effect of Civic Education on Political Engagement: How Civics Classes Make Up for Missing Parental Socialization. New York.
- Persson, Mikael (2015):** Classroom Climate and Political Learning: Findings from Swedish Panel Study and Comparative Data. In: Political Psychology, 36 (5), S.587-601.
- Rauschenbach, Thomas (2004):** Non-formale und informelle Bildung im Kindes- und Jugendalter – Konzeptionelle Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung [Hrsg.]: Bildungsreform, Band 6.
- Rauschenbach, Thomas (2007):** Im Schatten der formalen Bildung. Alltagsbildung als Schlüsselfrage der Zukunft. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 2 (4), S. 439-453.
- Rauschenbach, Thomas (2013):** Bildung ist mehr als Schule – Alltagsbildung: <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/149483/alltagsbildung?p=all> [12.08.2019].

- Reinheckel, Susann (2015):** Geringqualifikation bei männlichen Strafgefangenen im geschlossenen Jugendstrafvollzug der Bundesrepublik Deutschland – eine empirische Studie. Berlin.
- Schäfer, Armin (2015):** Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main.
- Schreier, Margrit (2014):** Varianten qualitativer Inhaltsanalyse. Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. In: Forum Qualitative Sozialforschung: https://pdfs.semanticscholar.org/3ae6/5780324bbb6c373603f073efcc1856f66fef.pdf?_ga=2.232734556.237844349.1567158340-1506456602.1567158340 [12.08.2019].
- Schröder, Achim (2013):** Politische Jugendbildung. In: Hafeneger, Benno [Hrsg.]: Handbuch außerschulische Jugendbildung: Grundlagen, Handlungsfelder, Akteure. Schwalbach/Ts., S. 173-186.
- Statistisches Bundesamt (2019):** Anzahl der Gefangenen und Verwahrten* in den Justizvollzugsanstalten in Deutschland nach Art des Strafvollzugs am 30. November 2018, Statistisches Bundesamt: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/158317/umfrage/gefangene-und-verwahrte-in-deutschland-nach-art-des-vollzugs/> [02.08.2019].
- Tjettmers, Tim/Henning, Tim (2016):** Grundbildung im Strafvollzug. Bielefeld.
- Vogel, Peter (2008):** Bildung, Lernen, Erziehung, Sozialisation. In: Coelen, Thomas/Otto, Hans-Uwe [Hrsg.]: Grundbegriffe Ganztagsbildung. Wiesbaden, S.118-127.
- Werner, Jochen (2012):** Jugendstrafvollzug in Deutschland. Eine rechtstatsächliche Betrachtung zum Jugendstrafvollzug an besonders jungen Gefangenen, Ausländern und Aussiedlern sowie weiblichen Inhaftierten. Frankfurt am Main.
- Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank [Hrsg.] (2012):** Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen. Schwalbach/Ts.
- Ziegler, Beatrice (2018):** Legitimationsfiguren der politischen Bildung. In: Ziegler, Beatrice/Waldis, Monika [Hrsg.]: Politische Bildung in der Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden, S.97-109.
- Ziemes, Johanna F./Jasper, Janina (2016):** Gruppenbezogene Einstellungen. In: Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin [Hrsg.]: Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der internationalen Civic and Citizenship Education Study, S. 135-160.

Danksagung

Wir bedanken uns für die gewinnbringende und partnerschaftliche Zusammenarbeit. Insbesondere auch im Namen der Autor*innen, Jens Borchert, Maren Jütz und Diana Beyer, danken wir den Justizministerien und Kriminologischen Diensten der Länder, die die Studie wohlwollend und interessiert unterstützt haben. Ausdrücklich danken wir den Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten, die durch ihr individuelles Engagement die Erhebung der Daten ermöglicht haben. Ebenso danken wir den Mitarbeiter*innen der externen Angebote politischer Bildung recht herzlich für ihre vielseitige Unterstützung. Neben den Interviewten gilt unser Dank den Kolleg*innen von Miteinander e.V., IFAK e.V., dem Violence Prevention Network, dem Gefängnistheater Aufbruch, Cultures Interactive e.V., iuvenes e.V., dem Jüdischen Museum Berlin, dem CJD Nord, die den Forschungsprozess als beratendes Netzwerk unterstützt und begleitet haben.

Über ein Jahr forschte ein Team der Hochschule Merseburg unter Leitung von Prof. Dr. Jens Borchert in Zusammenarbeit mit dem Anne Frank Zentrum zur politischen Bildung im Strafvollzug. Für die Pilotstudie »Politische Bildung im Jugendstrafvollzug – Angebote, Bedarfe und Leerstellen« wurden bundesweit Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten, externe politische Bildner*innen sowie inhaftierte Jugendliche befragt. Die vorliegende Publikation stellt zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vor.